



Öffentliche Verschuldung in Thüringen, Deutschland und der Europäischen Union

Ausgabe 2013

Zeichenerklärung

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
-	nichts vorhanden (genau Null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	Angabe fällt später an
/	Zahlenwert nicht sicher genug
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
()	Aussagewert eingeschränkt
r	berichtigte Zahl
p	vorläufige Zahl

Anmerkung: Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt

Telefon: 0361 37-84642/84647
Telefax: 0361 37-84699
Internet: www.statistik.thueringen.de
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de

Autor:

Harald Hagn, Telefon: 0361 37-84110

Foto:

Umschlag: PEHA – Fotolia.com

Herausgegeben im Mai 2013

Bestell-Nr.: 41019
Heft-Nr.: 43/13
Preis: 6,25 EUR

© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2013

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.

Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Vorwort

Die vorliegende Broschüre „Öffentliche Verschuldung in Thüringen, Deutschland und der Europäischen Union“ ermöglicht eine aktuelle Betrachtung der Verschuldungssituation der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie des Landes Thüringen. In vier in sich geschlossenen Abschnitten wird in der vorliegenden Veröffentlichung darüber hinaus auch ausführlich auf die Staatsverschuldung in Deutschland und in der Europäischen Union eingegangen.

Im ersten Beitrag wird ein Überblick über die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen gegeben. Ausgangspunkt ist die Entwicklung der kommunalen Verschuldung nach Körperschaftsgruppen im Zeitablauf. Die Schuldensituation am Jahresende 2011 wird anhand der neuen Schuldenabgrenzung der amtlichen Statistik veranschaulicht. Abgerundet wird das Bild durch eine Darstellung der kommunalen Schulden nach Gemeindegrößenklassen sowie einen regionalen Vergleich der kommunalen Schuldenlast.

Der nächste Aufsatz geht ausführlich auf die Verschuldung des Landes Thüringen ein. Dabei wird zunächst die Entwicklung des Schuldenstandes zwischen den Jahren 2000 und 2011 aufgezeigt. Im Anschluss daran wird gezeigt, wie sich die Gesamtverschuldung des Freistaates auf unterschiedliche Schuldenarten aufteilen lässt. Schließlich ermöglicht eine Übersicht über die Schulden je Einwohner, die sogenannte Pro-Kopf-Verschuldung, einen Regionalvergleich nach Flächenländern.

Die Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes in Deutschland ist Gegenstand eines weiteren Beitrages. Dabei wird zunächst der Analyse des Schuldenstandes nach der amtlichen deutschen Schuldenstatistik breiter Raum eingeräumt. Ferner wird die Umrechnung in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag aufgezeigt und deren Entwicklung im Zeitablauf veranschaulicht.

Aufgrund der enormen Bedeutung, die der Verschuldung in Europa zukommt, werden von Eurostat vierteljährlich Daten zum öffentlichen Schuldenstand von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erhoben. Darüber hinaus wird eine jährliche Erhebung zur Struktur der Staatsschulden durchgeführt. Mit den aus diesen Erhebungen gewonnenen Erkenntnissen zur Entwicklung und der Struktur der öffentlichen Verschuldung in der Europäischen Union befasst sich schließlich der letzte Abschnitt der vorliegenden Veröffentlichung.

Erfurt, im Mai 2013

Günter Krombholz

Präsident des
Thüringer Landesamtes für Statistik

Inhaltsverzeichnis

Seite

Kommunale Verschuldung in Thüringen	5
Vorbemerkung	5
Entwicklung der kommunalen Verschuldung im Zeitablauf	6
Die Schuldensituation am Jahresende 2011	7
Verschuldung nach Gemeindegrößenklassen	9
Regionaler Vergleich der kommunalen Schuldenlast	10
Zusammenfassung	12
Die Verschuldung des Landes Thüringen	13
Vorbemerkung	13
Längerfristige Entwicklung der Verschuldung Staatsverschuldung in Deutschland	13
Die Verschuldung am Jahresende 2011	14
Bundesweiter Vergleich der Schuldenlast	15
Schlussbemerkung	18
Staatsverschuldung in Deutschland	19
Vorbemerkung	19
Die Entwicklung der Staatsverschuldung 1992 bis 2009	20
Die Entwicklung im Jahr 2010	22
Die Schuldensituation am Jahresende 2011	23
Die Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages	27
Ausblick	29
Öffentliche Verschuldung in der Europäischen Union	30
Die Entwicklung der Staatsverschuldung	31
Öffentliche Verschuldung nach Teilsektoren des Staates	33
Öffentliche Verschuldung nach Finanzinstrumenten	35
Öffentliche Verschuldung nach Herkunft der Gläubiger	36
Öffentliche Verschuldung nach der Laufzeit der Verbindlichkeiten	37
Öffentliche Verschuldung nach inländischer und ausländischer Währung	38
Jüngste Entwicklung der Staatsverschuldung in der Europäischen Union	39
Literaturverzeichnis	40

Kommunale Verschuldung in Thüringen

Im vorliegenden Beitrag wird ein Überblick über die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen gegeben. Ausgangspunkt ist die Entwicklung der kommunalen Verschuldung nach Körperschaftsgruppen im Zeitablauf. Die Schulden-situation am Jahresende 2011 wird anhand der neuen Schuldenabgrenzung der amtlichen Statistik veranschaulicht. Abgerundet wird das Bild durch eine Darstellung der kommunalen Schulden nach Gemeindegrößenklassen sowie einen regionalen Vergleich der kommunalen Schuldenlast.

Vorbemerkung

Der vorliegende Beitrag basiert auf den Daten der jährlichen Schuldenstatistik. Diese liefert detaillierte Angaben über den aktuellen Schuldenstand der Kernhaushalte, Extrahaushalte sowie sonstigen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen von Bund, Ländern sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden.¹⁾ Die Schuldenstatistik ist eine jährliche Totalerhebung zum 31.12. des jeweiligen Jahres und berichtet über den Stand der Schulden, Schuldenaufnahmen, Schuldentilgungen, sonstigen Schuldenbewegungen sowie übrige Verbindlichkeiten, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen des Berichtsjahres.

Die im Rahmen der Schuldenstatistik erhobenen Daten dienen als Entscheidungsgrundlage für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Insbesondere bilden sie die Basis für die Beantwortung von Fragen nach dem finanziellen Spielraum der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren, deren Kapitalmarktbeanspruchung und damit der Entwicklung des Zinssatzes wie auch der Art der Verschuldung. Gleichzeitig wird von den auf der Grundlage des Finanz- und Personalstatistikgesetzes (FPStatG) erhobenen Angaben zum nationalen Schuldenstand die europäisch vergleichbare Meldung für den Maastricht-Schuldenstand an Eurostat abgeleitet.

Der Erhebungsinhalt der jährlichen Schuldenstatistik wurde ab dem Jahr 2010 bundeseinheitlich entsprechend den Anforderungen der Europäischen Union geändert. Die gewichtigsten Unterschiede bestehen in einer Änderung des Erhebungsprogramms, einer Anpassung der Bereichsabgrenzung und einer Vervollständigung bzw. Erweiterung des Berichtskreises. Insbesondere aufgrund der geänderten Zuordnung der Gläubiger sowie der Einbeziehung der Kassenkredite sind die Zahlenangaben bis inklusive des Jahres 2009 nur noch eingeschränkt mit den Zahlenangaben der Jahre 2010 und 2011 vergleichbar.

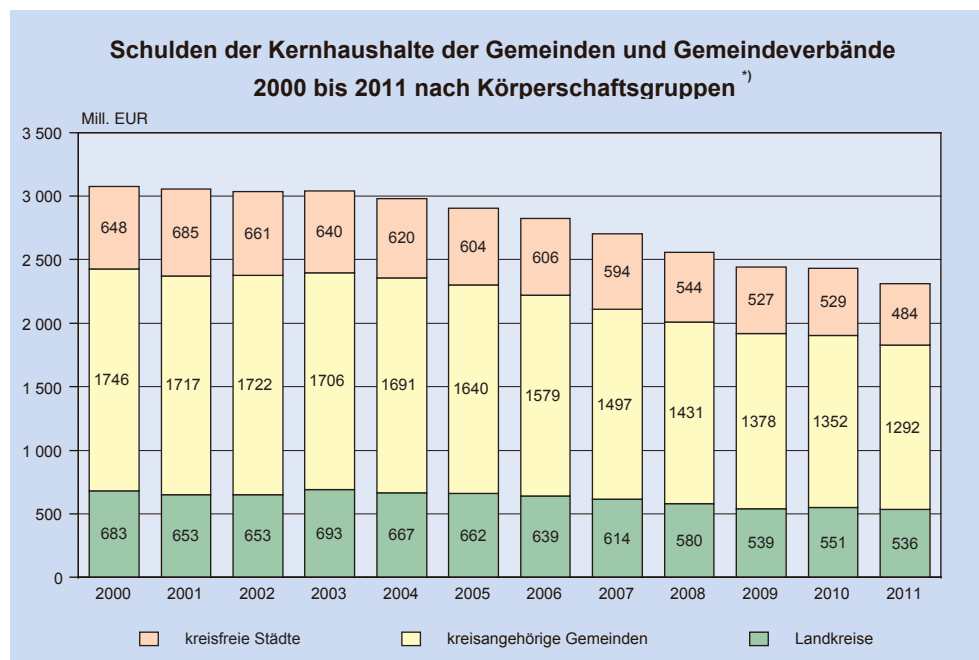
Die Schuldenstatistik dient als Entscheidungsgrundlage für die Wirtschafts- und Finanzpolitik

1) ab dem Berichtsjahr 2010 auch der Sozialversicherung

Deutlicher Rückgang der kommunalen Schulden

Entwicklung der kommunalen Verschuldung im Zeitablauf

Im Jahr 2000 belief sich der Schuldenstand der Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt auf knapp 3,1 Mrd. Euro. Aufgrund der Bemühungen der Kommunen, ihre Haushalte zu konsolidieren, sank der Schuldenstand seit dem Jahr 2000 beinahe kontinuierlich bis auf insgesamt rund 2,3 Mrd. Euro im Jahr 2011. Die Schulden der Thüringer Gemeinden und Gemeindeverbände sind damit innerhalb dieses Zeitraums um rund ein Viertel (-24,9 Prozent) gesunken.



^{*)} Um eine Vergleichbarkeit des Schuldenstandes der Jahre 2000 bis 2011 zu erzielen, wurde der Schuldenstand bis einschließlich 2009 an die neue Abgrenzung des Schuldenbegriffs angepasst.

In der Untergliederung nach Körperschaftsgruppen zeigt sich folgendes Bild:

Die Schulden der kreisfreien Städte sind zwischen den Jahren 2000 und 2011 ebenfalls um rund ein Viertel zurückgegangen, nämlich von knapp 648 Mill. Euro auf rund 484 Mill. Euro (-25,2 Prozent). Lediglich in den Jahren 2001 (+5,7 Prozent) sowie 2006 und 2010 (jeweils +0,4 Prozent) wurde ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr verbucht. Die relativ höchsten Rückgänge wurden mit jeweils -8,4 Prozent in den Jahren 2008 und 2011 verzeichnet.

Schuldenabbau bei kreisangehörigen Gemeinden relativ am höchsten

Der Schuldenstand der kreisangehörigen Gemeinden ²⁾ ist – verglichen mit denen anderer Körperschaftsgruppen – innerhalb des betrachteten Zeitraums von mehr als 1 746 Mill. Euro auf rund 1 292 Mill. Euro und damit relativ am stärksten gesunken (-26,0 Prozent). Hier wurde mit Ausnahme des Jahres 2002 für jedes Jahr ein Rückgang des Schuldenstandes verzeichnet. Am höchsten war der Rückgang der Schulden im Jahr 2007 mit rund 81 Mill. Euro bzw. -5,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

2) einschließlich Verwaltungsgemeinschaften

Die Schulden der Landkreise³⁾ waren mit knapp 536 Mill. Euro im Jahr 2011 um 21,5 Prozent geringer als im Jahr 2000 mit rund 683 Mill. Euro. Von den drei Körperschaftsgruppen war dies der geringste nachgewiesene prozentuale Rückgang. Auch bei den Haushalten der Landkreise ist die Verschuldung im betrachteten Zeitraum lediglich in den Jahren 2002 (+0,1 Prozent), 2003 (+6,0 Prozent) und 2010 (+2,3 Prozent) angestiegen. In allen anderen Jahren wurden Schulden abgebaut, relativ am höchsten im Jahr 2009 (-7,1 Prozent).

Die rückläufige Entwicklung der kommunalen Verschuldung in Thüringen seit dem Jahr 2000 demonstriert eindrucksvoll die Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass ein weiterer Grund für den Rückgang der Schulden auch darin besteht, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände im Freistaat Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Verbindlichkeiten der ausgegliederten Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen und Einrichtungen übernommen und werden in der statistischen Darstellung separat berücksichtigt.

Aufgabenbereiche werden aus den Kernhaushalten der Kommunen ausgegliedert

Die Schuldensituation am Jahresende 2011

Der Schuldenstand der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen hat sich Ende 2011 gegenüber dem Jahr 2010 um knapp 120 Mill. Euro bzw. 4,9 Prozent auf 2,3 Mrd. Euro vermindert. Rein rechnerisch entspricht dies einer Schuldenlast von 1 038 Euro je Einwohner.

Pro-Kopf-Verschuldung 2011 bei 1 038 Euro

Die Schulden in Höhe von 2,3 Mrd. Euro bestanden zum weit überwiegenden Teil gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich (2,2 Mrd. Euro). Bei diesen Schulden kann grundsätzlich zwischen drei Schuldenarten unterschieden werden, welche zusammengefasst die Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich bilden: Kassenkredite, Wertpapiersschulden und Kredite.

Die kleinste Schuldenart bei den als Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich erfassten Schulden stellen bei den Kommunen im Allgemeinen die Wertpapiersschulden dar. In Thüringen waren im Jahr 2011 auf der Ebene der Gemeinden und Gemeindeverbände allerdings keine derartigen Wertpapiersschulden, also Geldmarktpapiere und Kapitalmarktpapiere, zu verbuchen.

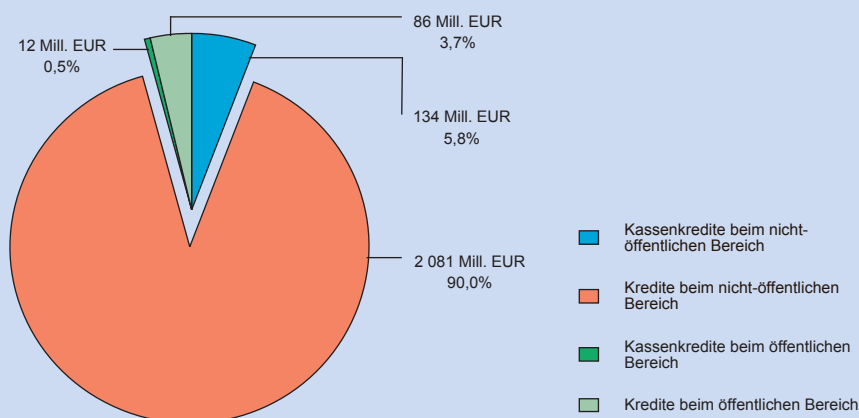
Anders bei den sogenannten Kassenkrediten beim nicht-öffentlichen Bereich. Diese bezeichnen kurzfristige Kredite für die öffentliche Hand zur Finanzierung von Unterdeckungen durch Einnahmen- und Ausgabendifferenzen.⁴⁾ Insgesamt beliefen sich die Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich im Jahr 2011 auf knapp 134 Mill. Euro. In der Unterteilung nach Gebietskörperschaften entfiel hiervon der höchste Betrag auf die Landkreise mit mehr als 52 Mill. Euro. Es folgen die kreisfreien Städte mit knapp 50 Mill. Euro und die kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 31 Mill. Euro. Der Anteil der Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich an den gesamten Schulden (öffentlicher und nicht-öffentlicher Bereich) der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände belief sich im Jahr 2011 auf 5,8 Prozent.

Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich in Höhe von 134 Mill. Euro

3) Landratsämter

4) Hier ist zu beachten, dass an dieser Stelle lediglich jene Kassenkredite erfasst werden, die dem nicht-öffentlichen Bereich zugerechnet werden. Nicht berücksichtigt werden hier Kassenkredite, die zu den Schulden beim öffentlichen Bereich gehören.

Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände 2011 nach Schuldenarten



Neun Zehntel der Schulden entfallen auf Kredite bei Kreditinstituten

97 Mill. Euro Schulden beim öffentlichen Bereich

Neun Zehntel der Schulden der kommunalen Kernhaushalte (90,0 Prozent) entfielen im Jahr 2010 auf die Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich. Insgesamt bezifferte sich die Höhe der Kredite im Jahr 2011 auf mehr als 2 081 Mill. Euro die ausschließlich bei Kreditinstituten aufgenommen wurden.⁵⁾ Davon entfielen rund 1 230 Mill. Euro auf die kreisangehörigen Gemeinden, fast 464 Mill. Euro auf die Landkreise und mehr als 387 Mill. Euro auf die kreisfreien Städte.

Neben den Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beim nicht-öffentlichen Bereich gibt es die kommunalen Schulden beim öffentlichen Bereich. Hier wird zwischen Kassenkrediten und Krediten unterschieden. Diese beliefen sich im Jahr 2011 auf insgesamt 97 Mill. Euro.

Die zum öffentlichen Bereich zählenden Kassenkredite der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen beliefen sich im Jahr 2011 insgesamt auf deutlich weniger als 12 Mill. Euro. Hiervon entfiel der Löwenanteil mit mehr als 11 Mill. Euro auf die Landkreise. Während die kreisangehörigen Gemeinden Kassenkredite in Höhe von 585 Tausend Euro aufgenommen hatten, wurden von den kreisfreien Städten keine derartigen Kredite beim öffentlichen Bereich in Anspruch genommen.

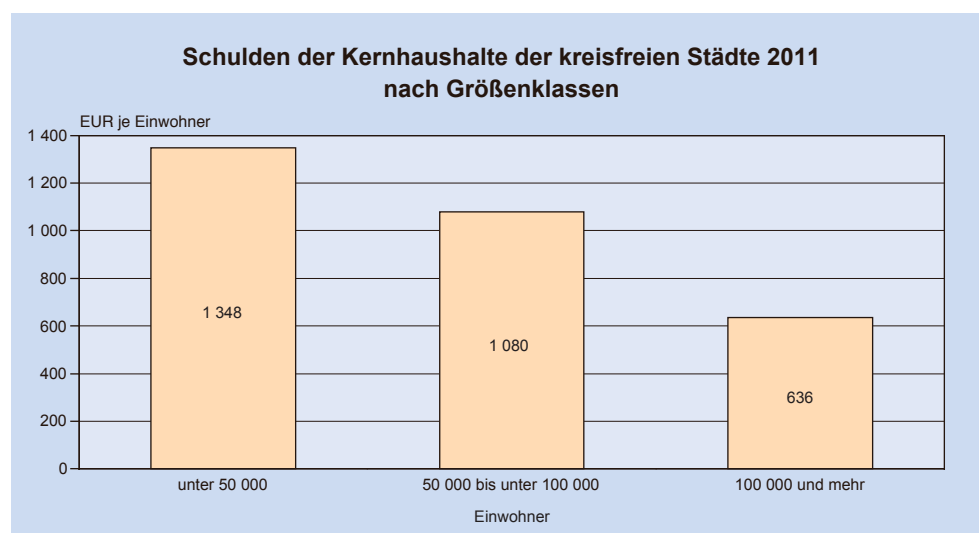
Die zum öffentlichen Bereich zählenden Kredite der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen bezifferten sich im Jahr 2011 auf beinahe 86 Mill. Euro. Kreditgeber waren in erster Linie die Länder mit mehr als 32 Mill. Euro sowie verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen mit mehr als 43 Mill. Euro. In Anspruch genommen wurden die Kredite beim öffentlichen Bereich vornehmlich von den kreisfreien Städten (47 Mill. Euro) und den kreisangehörigen Gemeinden (30 Mill. Euro). Bei den Landkreisen waren sie mit mehr als 8 Mill. Euro nur von untergeordneter Bedeutung.

5) Auch hier ist anzumerken, dass die zu den Schulden beim öffentlichen Bereich gehörenden kommunalen Kredite an dieser Stelle nicht erfasst sind.

Verschuldung nach Gemeindegrößenklassen

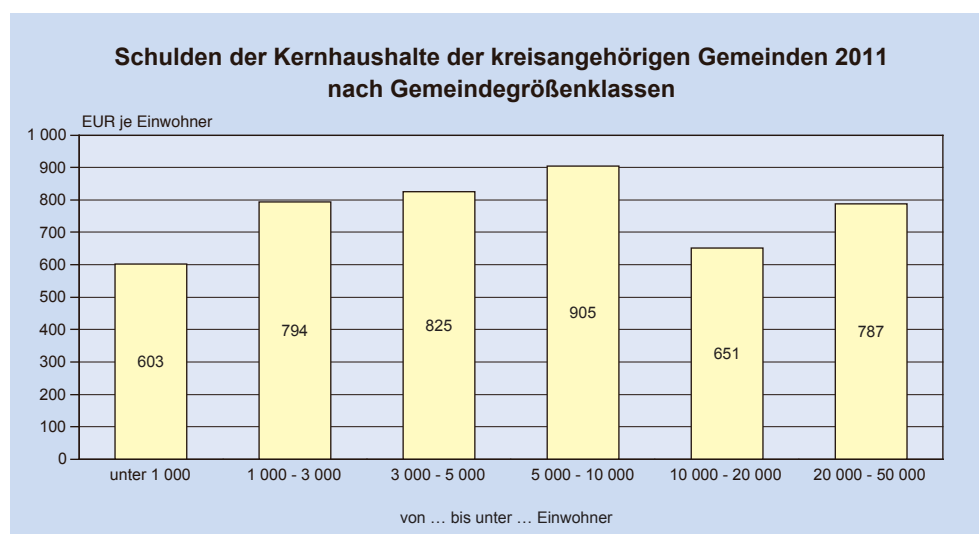
Im Jahr 2011 wiesen in Thüringen die kreisfreien Städte durchschnittlich 872 Euro kommunale Schulden je Einwohner auf. Dagegen waren es bei den kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften im Durchschnitt 773 Euro je Einwohner. Der wesentliche Grund für die höhere Verschuldung der kreisfreien Städte ist, dass diese auch kommunale Aufgaben wahrnehmen, die bei den kreisangehörigen Gemeinden von den Landkreisen wahrgenommen werden. Letztere hatten im Jahr 2011 kommunale Schulden in Höhe von 321 Euro je Einwohner.

**Pro-Kopf-Verschuldung
kreisfreier Städte
bei durchschnittlich
872 Euro**



Bei den kreisfreien Städten sinkt die kommunale Verschuldung je Einwohner mit steigender Einwohnerzahl. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung lässt sich für die Größenklasse der kreisfreien Städte mit unter 50 000 Einwohnern (Suhl und Eisenach) mit 1 348 Euro je Einwohner nachweisen. Danach sinkt die kommunale Verschuldung je Einwohner auf 1 080 Euro je Einwohner in der Größenklasse 50 000 bis unter 100 000 Einwohner (Weimar und Gera). Die geringste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen mit 636 Euro je Einwohner die kreisfreien Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern (Jena und Erfurt) auf.

**In kreisfreien
Städten sinkt die
Pro-Kopf-Verschuldung
mit steigender
Einwohnerzahl**



Im Gegensatz dazu steigt bei den kreisangehörigen Gemeinden die Verschuldung je Einwohner zunächst mit steigender Einwohnerzahl, der niedrigste Wert wird für die Gemeindegrößenklasse mit unter 1 000 Einwohnern nachgewiesen (603 Euro je Einwohner). Anschließend steigt die Pro-Kopf-Verschuldung auf 794 Euro je Einwohner in der Größenklasse von 1 000 bis unter 3 000 Einwohner und 825 Euro je Einwohner in der Größenklasse von 3 000 bis unter 5 000 Einwohner an. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen mit 905 Euro je Einwohner die kreisangehörigen Gemeinden mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern auf. Deutlich niedriger dagegen die Verschuldung je Einwohner in den nächst höheren Gemeindegrößenklassen: Bei den kreisangehörigen Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern bezifferte sich die Pro-Kopf-Verschuldung auf 651 Euro je Einwohner und bei jenen mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern auf 787 Euro je Einwohner.

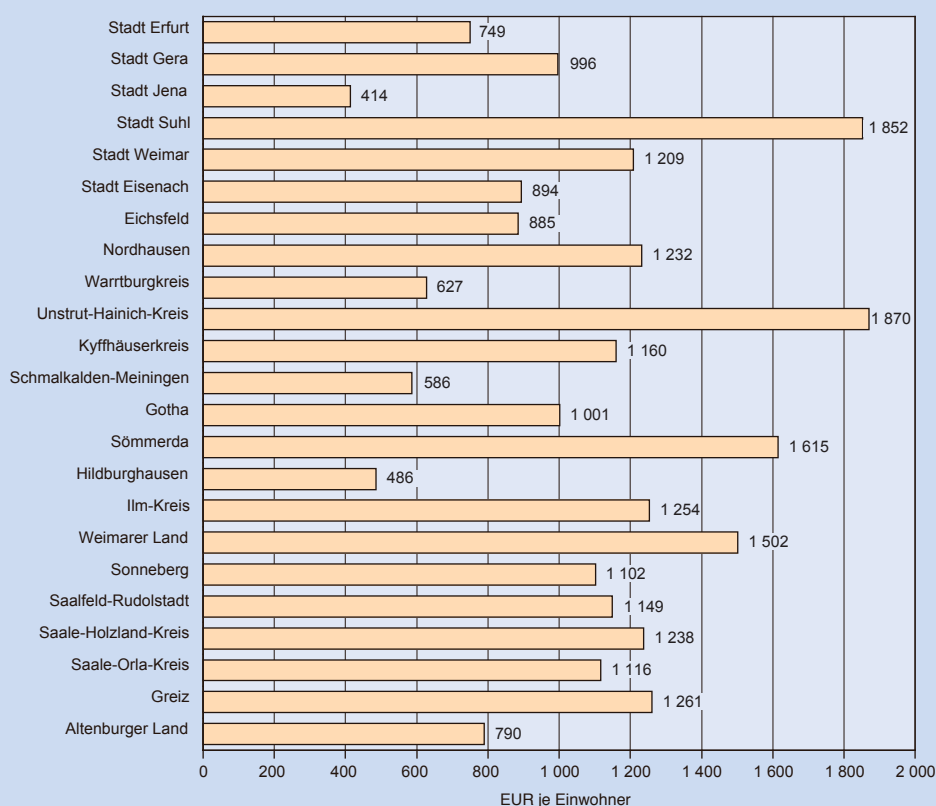
Die im Jahr 2011 am höchsten verschuldete kreisangehörige Gemeinde in Thüringen war Obermehler im Unstrut-Hainich-Kreis mit 6 692 Euro je Einwohner. Ihr folgten die ebenfalls im Unstrut-Hainich-Kreis gelegene Gemeinde Schlotheim, Stadt, (5 123 Euro je Einwohner) und die im Landkreis Greiz gelegene Gemeinde Caaschwitz (4 696 Euro je Einwohner). Neben diesen höchstverschuldeten Gemeinden wiesen von den insgesamt 913 Thüringer Gemeinden 144 keine Schulden aus. Die Mehrzahl der schuldenfreien Gemeinden hatten weniger als 1 000 Einwohner. Lediglich die Gemeinden Floh-Seligenthal im Landkreis Schmalkalden-Meiningen, Schleusingen und Schleusegrund im Landkreis Hildburghausen, Ichtershausen im Ilmkreis und Unterbreizbach im Wartburgkreis hatten mehr als 3 000 Einwohner.

Regionaler Vergleich anhand der Pro-Kopf-Verschuldung möglich

Regionaler Vergleich der kommunalen Schuldenlast

Die Messzahl kommunale Schulden je Einwohner ermöglicht einen regionalen Vergleich der öffentlichen Schuldenlast. Um die kommunale Schuldenbelastung der Gebietskörperschaften möglichst vollständig aufzuzeigen, wurden in der nachfolgenden Darstellung die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden, der Verwaltungsgemeinschaften und der Landkreisverwaltungen zusammengefasst.

Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände 2011 nach kreisfreien Städten und Landkreisen



Am Jahresende 2011 beliefen sich die Schulden der Kernhaushalte der kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften in Thüringen auf 773 Euro je Einwohner und der Landratsämter auf 321 Euro je Einwohner. Zusammen waren es in den Landkreisen damit durchschnittlich 1 094 Euro je Einwohner. In den kreisfreien Städten waren hingegen 872 Euro je Einwohner an Schulden zu verbuchen.

Von den kreisfreien Städten wiesen Jena mit 414 Euro je Einwohner und Erfurt mit 749 Euro je Einwohner rechnerisch die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der kreisfreien Städte wurde für Weimar mit 1 209 Euro je Einwohner und Suhl mit 1 852 Euro je Einwohner errechnet.

**Jena mit niedrigster
Pro-Kopf-Verschuldung**

Am unteren Ende der Skala der Landkreise finden sich Hildburghausen (486 Euro je Einwohner), Schmalkalden-Meiningen (586 Euro je Einwohner) und der Wartburgkreis (627 Euro je Einwohner). Dagegen wiesen die höchste Verschuldung die Landkreise Nordhausen (1 232 Euro je Einwohner), Sömmerda (1 615 Euro je Einwohner) und der Unstrut-Hainich-Kreis (1 870 Euro je Einwohner) auf.

Zusammenfassung

Im vorliegenden Beitrag wurden die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen analysiert⁶⁾. Die Ausführungen haben gezeigt, dass sich die kommunale Verschuldung zwischen den Jahren 2000 und 2011 um beinahe ein Viertel vermindert hat. Im Jahr 2011 entfielen neun Zehntel der kommunalen Schulden auf Kredite bei Kreditinstituten des nicht-öffentlichen Bereichs. Die Analyse des Schuldenstandes nach Gemeindegrößenklassen hat gezeigt, dass bei den kreisangehörigen Gemeinden die Pro-Kopf-Verschuldung am höchsten in der Größenklasse von 5 000 bis unter 10 000 Einwohner ist. Schließlich machte der regionale Vergleich der kommunalen Schuldenlast deutlich, dass die Pro-Kopf-Verschuldung in den Landkreisen jene in den kreisfreien Städten deutlich übersteigt.

6) Nicht berücksichtigt wurden in der vorliegenden Ausarbeitung die Extrahaushalte sowie die sonstigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen.

Die Verschuldung des Landes Thüringen

Der vorliegende Aufsatz gibt einen Überblick über die Verschuldung des Landes Thüringen. Dabei wird zunächst auf die Entwicklung des Schuldenstandes zwischen den Jahren 2000 und 2011 eingegangen. Anschließend wird gezeigt, wie sich die Gesamtverschuldung des Freistaates auf unterschiedliche Schuldenarten aufteilen lässt. Schließlich ermöglicht eine Übersicht über die Schulden je Einwohner, die sogenannte Pro-Kopf-Verschuldung, einen Regionalvergleich nach Flächenländern. Dieser wird in einem ersten Schritt für die Verschuldung der Kernhaushalte der Flächenländer vorgenommen. In einem zweiten Schritt wird dann auch noch die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände in den Vergleich einbezogen.

Vorbemerkung

Seit dem Jahr 2010 werden die Schulden der öffentlichen Haushalte nach einer neuen Systematik durch die Schuldenstatistik (Statistik über die Schulden der öffentlichen Haushalte) erfasst. Aufgrund der neuen Zuordnung der Gläubiger sowie der Einbeziehung der Kassenkredite in die beiden neuen Schuldenbegriffe („Schulden beim öffentlichen Bereich“ und „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“) sind Vergleiche mit den Vorjahreswerten nur noch eingeschränkt möglich.

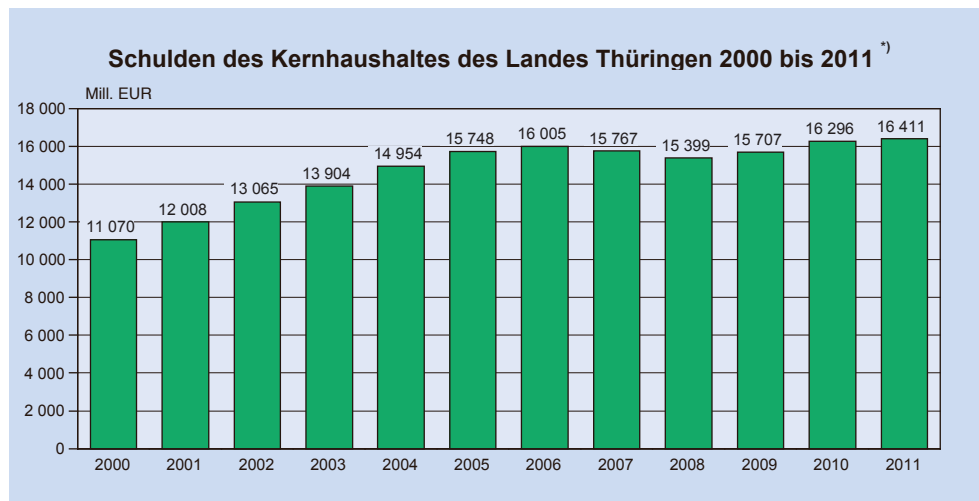
Längerfristige Entwicklung der Verschuldung

Im Jahr 2000 belief sich der Schuldenstand des Kernhaushaltes⁷⁾ des Landes Thüringen auf insgesamt rund 11,1 Mrd. Euro. Trotz der Maßnahmen der Thüringer Landesregierung, den Haushalt des Freistaates zu konsolidieren, stieg der Schuldenstand des Kernhaushaltes seither auf insgesamt rund 16,4 Mrd. Euro im Jahr 2011 an. Die Schulden des Landes Thüringen haben sich damit innerhalb dieses Zeitraumes um beinahe die Hälfte (+48,3 Prozent) erhöht.

Besonders hoch waren die jeweiligen Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in den Jahren 2001 und 2002 (+8,5 bzw. +8,8 Prozent). Dagegen war der Schuldenstand in den Jahren 2007 und 2008 (-1,5 bzw. -2,3 Prozent) sogar rückläufig. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit verbundenen hohen Rückgänge bei den Steuereinnahmen führten in den Jahren 2010 und 2011 wieder zu einer Erhöhung des Schuldenstandes (+3,7 bzw. +0,7 Prozent).

**16,4 Mrd. Euro
Schulden
im Jahr 2011**

7) Der Begriff „Haushalt“ wird hier institutionell im Sinne von Einheit verwendet. Die Kernhaushalte umfassen die Haushalte des Bundes, der Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände und der Sozialversicherung.



^{*)} Um eine Vergleichbarkeit des Schuldenstandes der Jahre 2000 bis 2011 zu erzielen, wurde der Schuldenstand bis einschließlich 2009 an die neue Abgrenzung des Schuldenbegriffs angepasst.

Die Verschuldung am Jahresende 2011

In der Schuldenstatistik wird zwischen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich und Schulden beim öffentlichen Bereich unterschieden. Bei letzteren werden sämtliche, von den Berichtsstellen ⁸⁾ untereinander aufgenommene Schulden nachgewiesen, auch wenn sie über ein Kreditinstitut ausbezahlt wurden.

Die Bedeutung der einzelnen Schuldenarten im Schuldenmix des Landes Thüringen ist sehr unterschiedlich. Am Jahresende 2011 spielten die Schulden beim öffentlichen Bereich nur eine quantitativ geringe Rolle. Es handelte sich hierbei ausschließlich um Kredite beim öffentlichen Bereich in Höhe von 222 Mill. Euro. Das waren 1,4 Prozent der gesamten Schulden des Kernhaushaltes des Landes Thüringen.

Eine ebenfalls vergleichsweise geringe Bedeutung haben in Thüringen die Kassenkredite beim nicht-öffentlichen Bereich. Hierbei handelt es sich um kurzfristige Verbindlichkeiten, welche das Land zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen eingeht. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung. Diese erreichten am Jahresende 2011 ein Volumen von beinahe 98 Mill. Euro. Das waren 0,6 Prozent der gesamten Verschuldung des Freistaates.

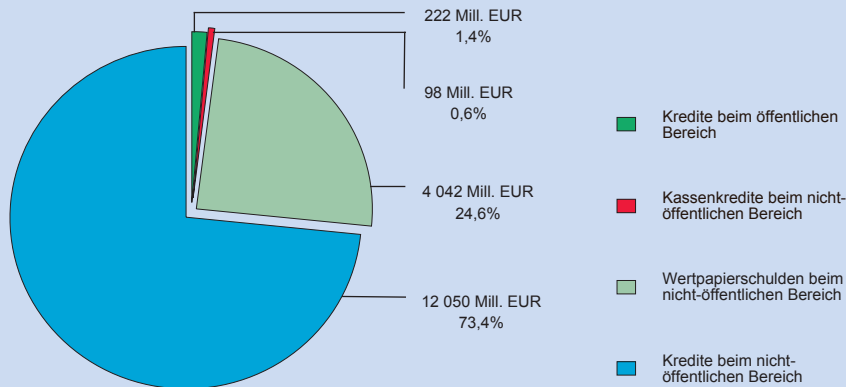
Die volumenseitig zweitgrößte Schuldenart in Thüringen sind die Wertpapierschulden beim nicht-öffentlichen Bereich. Hierbei handelt es sich um kurzfristige Geldmarktpapiere (z.B. Finanzierungsschätze oder unverzinsliche Schatzanweisungen) und langfristige Kapitalmarktpapiere (z.B. Landesobligationen oder Landesschatzanweisungen). Am Jahresende 2011 beliefen sich die Wertpapierschulden des Freistaates auf 4 042 Mill. Euro. Das war ein knappes Viertel (24,6 Prozent) der gesamten Verschuldung des Kernhaushaltes des Landes Thüringen.

Schulden beim öffentlichen Bereich von quantitativ geringer Bedeutung

Wertpapierschulden volumenseitig zweitgrößte Schuldenart

⁸⁾ Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände, Zweckverbände, Sozialversicherung sowie verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen und sonstige öffentliche Sonderrechnungen

**Schulden des Kernhaushaltes des Landes Thüringen 2011
nach Schuldenarten**



Die voluminöseste Schuldenart des Landes Thüringen sind die Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich. Am Jahresende 2011 wies der Freistaat Kreditverpflichtungen in Höhe von 12 050 Mill. Euro auf. Das waren fast drei Viertel (73,4 Prozent) der gesamten Schuldenlast. Die Kreditverpflichtungen bestanden zum überwiegenden Teil gegenüber Kreditinstituten (7 010 Mill. Euro). Kredite gegenüber dem sonstigen inländischen Bereich (z.B. Versicherungsgesellschaften oder Investmentfonds) schlugen mit 5 040 Mill. Euro zu Buche.

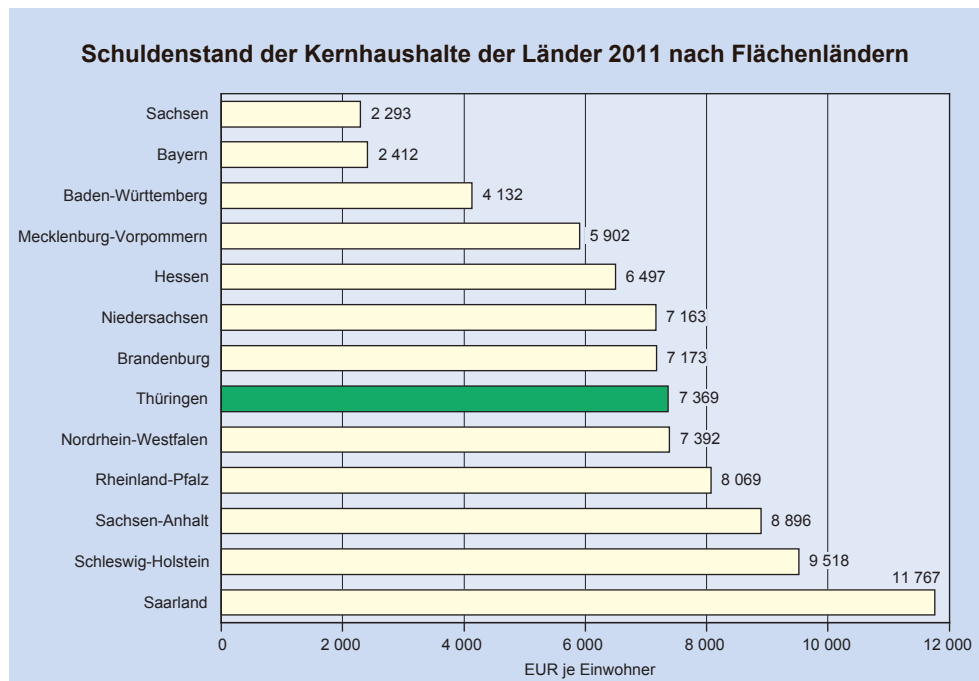
Fast drei Viertel der gesamten Schulden waren Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich

Bundesweiter Vergleich der Schuldenlast

Wie bereits angemerkt, belief sich der Schuldenstand des Kernhaushaltes des Landes Thüringen am Jahresende 2011 insgesamt auf rund 16,4 Mrd. Euro. Nachdem der Freistaat im gleichen Jahr eine Bevölkerung von rund 2,2 Mill. Personen aufwies, ergibt sich rein rechnerisch eine Pro-Kopf-Verschuldung von 7 369 Euro je Einwohner. Damit nimmt Thüringen im bundesweiten Vergleich aller Flächenländer einen mittleren Platz ein.

Pro-Kopf-Verschuldung von 7 369 Euro je Einwohner in Thüringen

**Schuldenstand
Freistaat Thüringen
(Land): Mittlerer Platz
im bundesweiten
Vergleich aller
Flächenländer (Platz 8)**



**Sachsen und Bayern
mit geringster
Pro-Kopf-Verschuldung**

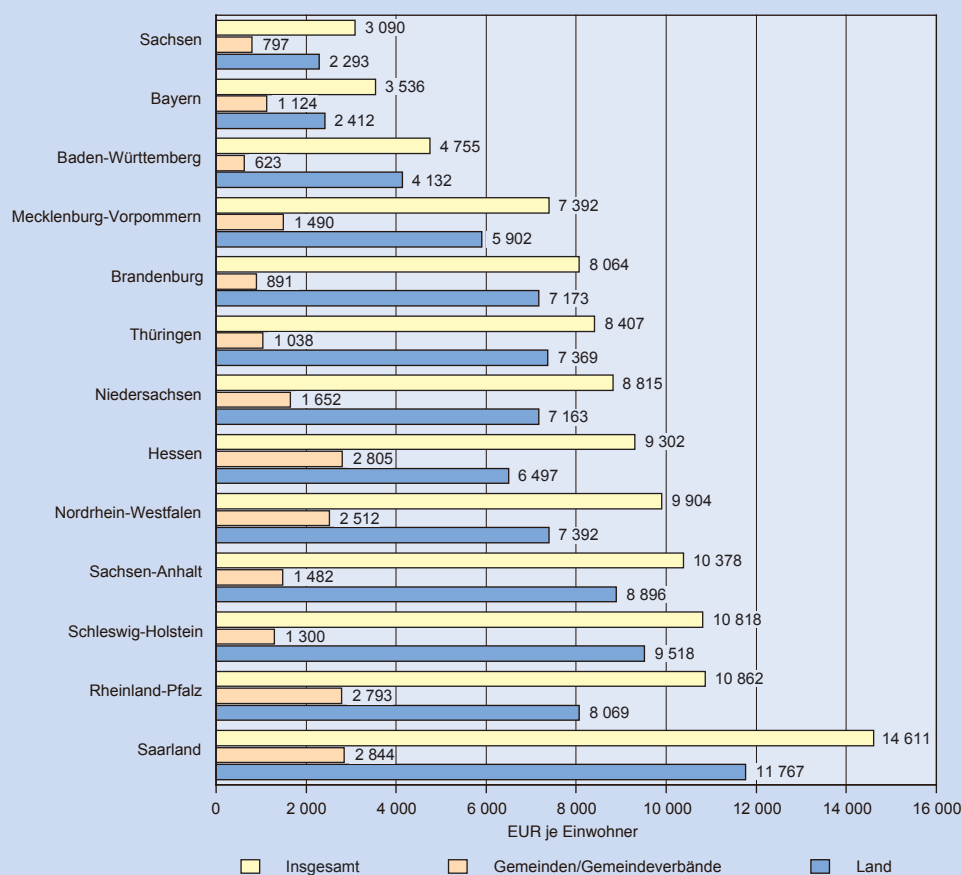
Wie aus dem obigen Schaubild hervorgeht, wiesen im Jahr 2011 die Flächenländer Sachsen (2 293 Euro je Einwohner) und Bayern (2 412 Euro je Einwohner) die mit Abstand geringste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Es folgt, bereits mit deutlichem Abstand, das Flächenland Baden-Württemberg mit einer Pro-Kopf-Verschuldung in Höhe von 4 132 Euro je Einwohner. Am anderen Ende der Skala rangiert das Saarland (11 767 Euro je Einwohner), gefolgt von Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt (9 518 bzw. 8 896 Euro je Einwohner). Der Unterschied zwischen dem Flächenland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung und jenem mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung bezifferte sich im Jahr 2011 auf 9 474 Euro je Einwohner.

**Im Durchschnitt
aller deutschen
Flächenländer
Pro-Kopf-Verschuldung
von 5 910 Euro
je Einwohner**

Der Durchschnitt (gewogenes arithmetisches Mittel) der Pro-Kopf-Verschuldung aller deutschen Flächenländer lag im Jahr 2011 bei 5 910 Euro je Einwohner. Unter den ostdeutschen Bundesländern hatten das bereits erwähnte Sachsen (2 293 Euro je Einwohner) sowie Mecklenburg-Vorpommern (5 902 Euro je Einwohner) eine unterdurchschnittlich hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Im Gegensatz zählten Brandenburg (7 173 Euro je Einwohner), Thüringen (7 369 Euro je Einwohner) und Sachsen-Anhalt (8 896 Euro je Einwohner) zu den ostdeutschen Flächenländern mit einer überdurchschnittlich hohen Pro-Kopf-Verschuldung.

In den einzelnen Bundesländern sind die Landesaufgaben und die kommunalen Aufgaben vielfach unterschiedlich verteilt. Deshalb macht es Sinn, die Schulden des Landes nicht isoliert zu betrachten, sondern die Schulden des Landes und seiner Gemeinden und Gemeindeverbände gemeinsam.

Schuldenstand der Kernhaushalte der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände 2011 nach Flächenländern



Schuldenstand Land und Gemeinden/Gemeindeverbände: Thüringen mit Mittleren Platz im Vergleich aller Flächenländer (Platz 6)

Im obigen Schaubild wird für alle deutschen Flächenländer die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände dargestellt. Auch in der Gesamtbetrachtung weist Sachsen mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von insgesamt 3 090 Euro je Einwohner den niedrigsten relativen Schuldenstand vor Bayern (3 537 Euro je Einwohner) und Baden-Württemberg (4 755 Euro je Einwohner) auf. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung finden wir abermals im Saarland (14 611 Euro je Einwohner), diesmal gefolgt von Rheinland-Pfalz (10 862 Euro je Einwohner) und Schleswig-Holstein (10 818 Euro je Einwohner). Die Differenz zwischen dem Land mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung und jenem mit der höchsten beträgt somit 11 521 Euro je Einwohner.

Sachsen und Bayern haben auch bei Einbeziehung der Kommunen den geringsten relativen Schuldenstand

Im Durchschnitt (gewogenes arithmetisches Mittel) betrug die Pro-Kopf-Verschuldung aller deutschen Flächenländer 7 588 Euro je Einwohner. Betrachtet man die ostdeutschen Flächenländer für sich genommen, so stellt man fest, dass Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (3 090 bzw. 7 392 Euro je Einwohner) eine unterdurchschnittlich hohe Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen. Eine etwas überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung findet man dagegen in Brandenburg und Thüringen (8 064 bzw. 8 407 Euro je Einwohner), während sie in Sachsen-Anhalt 10 378 Euro je Einwohner betrug.

Schlussbemerkung

Im vorliegenden Beitrag wurden die Schulden des Kernhaushaltes des Landes Thüringen einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Verschuldung des Freistaates seit dem Jahr 2000 um beinahe die Hälfte auf insgesamt rund 16,4 Mrd. Euro angestiegen ist. Fast drei Viertel dieser Schuldenlast bestand in Form von Krediten gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich. Vergleicht man die Pro-Kopf-Verschuldung Thüringens mit jener der zwölf anderen deutschen Flächenländer, so stellt man fest, dass sich der Freistaat mit Rang acht in etwa im Mittelfeld bewegt. Bezieht man in den Vergleich die Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände mit ein, findet sich Thüringen auf Rang sechs unter allen deutschen Flächenländern wieder.

Staatsverschuldung in Deutschland

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes in Deutschland. Dabei wird zunächst der Analyse des Schuldenstandes nach der amtlichen deutschen Schuldenstatistik breiter Raum eingeräumt. Im Anschluss hieran wird die Umrechnung in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag aufgezeigt. Schließlich wird die Entwicklung der Maastricht-Schuldenquote im Zeitablauf veranschaulicht.

Vorbemerkung

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion haben sich im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes auf die Einhaltung der gemeinsamen Regeln zur nachhaltigen Sicherung einer stabilitätskonformen Fiskalpolitik verpflichtet. Die fiskalpolitischen Konvergenzkriterien für den Eintritt in die Währungsunion – ein Haushaltsdefizit von nicht mehr als drei Prozent und eine Staatsschuldenquote von höchstens 60 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts – wurden dauerhaft als Obergrenze etabliert. Die Mitgliedstaaten haben darüber hinaus vereinbart, einen ausgeglichenen oder überschüssigen Gesamthaushalt anzustreben.

Diese Ziele werden von Deutschland seit geraumer Zeit bisweilen deutlich verfehlt. Die höchste Staatsschuldenquote wurde für Deutschland am Jahresende 2010 mit 83,0 Prozent festgestellt. Bis zum Jahresende 2011 sank die deutsche Staatsschuldenquote wieder auf 81,2 Prozent. Zum gleichen Zeitpunkt betrug die Staatsschuldenquote im Durchschnitt aller Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-27) 82,5 Prozent und in der Eurozone (EU-17) 87,3 Prozent.

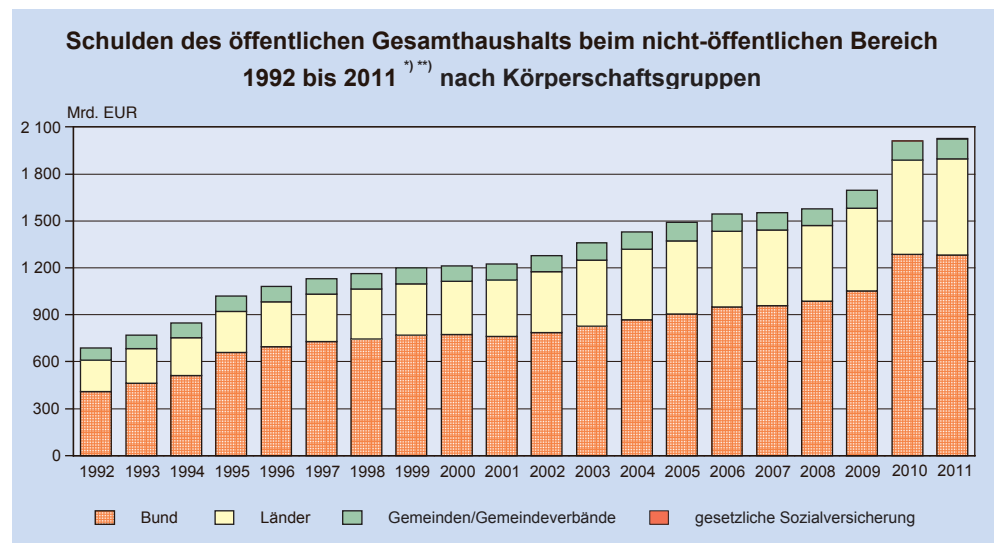
Erreicht wurde im Hinblick auf Deutschland im Jahr 2011 allerdings, dass die sogenannte Defizitquote – d.h. das Verhältnis zwischen dem Haushaltsdefizit und dem nominalen Bruttoinlandsprodukt – erstmals seit 2008 mit 0,8 Prozent (Vorjahr 4,1 Prozent) wieder deutlich unter dem im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geforderten Referenzwert von drei Prozent lag. Der Durchschnitt der Europäischen Union (EU-27) betrug hier 4,4 Prozent und jener der Eurozone (EU-17) 4,1 Prozent.

Die Berechnung des Schuldenstandes nach dem Maastricht-Vertrag erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Diese unterscheidet sich von jener nach der amtlichen deutschen Schuldenstatistik durchgeführten Berechnung insbesondere dadurch, dass für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem auch die Kassenverstärkungskredite, die Platzhaltergeschäfte, die Verbindlichkeit des Bundes aus dem Münzumlauf sowie die Schulden der Sozialversicherung mit einbezogen werden.

**Deutsche
Staatsschulden-
quote 2011
bei 81,2 Prozent**

Die Entwicklung der Staatsverschuldung 1992 bis 2009

Das nachfolgende Schaubild zeigt die Entwicklung der Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes (Bund, Länder sowie Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich aller Extrahaushalte; ab 2010 auch der gesetzlichen Sozialversicherung) im Zeitablauf. Die Betrachtung beginnt mit dem Jahr 1992, weil für dieses Jahr erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse in vergleichbarer Form vorliegen. Die aufgezeigten Schuldenstände der öffentlichen Haushalte entsprechen sachlich und systematisch dem Stand des jeweiligen Berichtsjahres. Das Schaubild beinhaltet zwischen den Jahren 2009 und 2010 eine gestrichelte Linie. Diese zeigt an, dass für das Jahr 2010 eine bedeutende Umstellung der Schuldenstatistik vorgenommen wurde. Die Werte bis einschließlich 2009 sind insofern nur eingeschränkt mit den Werten der Jahre 2010 und 2011 vergleichbar.



**Schuldenstand
zwischen 1992 und
2009 um 146,9
Prozent gestiegen**

*) ab 2006 einschließlich ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung zum Sektor Staat zählen; ab 2010 einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung zum Sektor Staat zählen

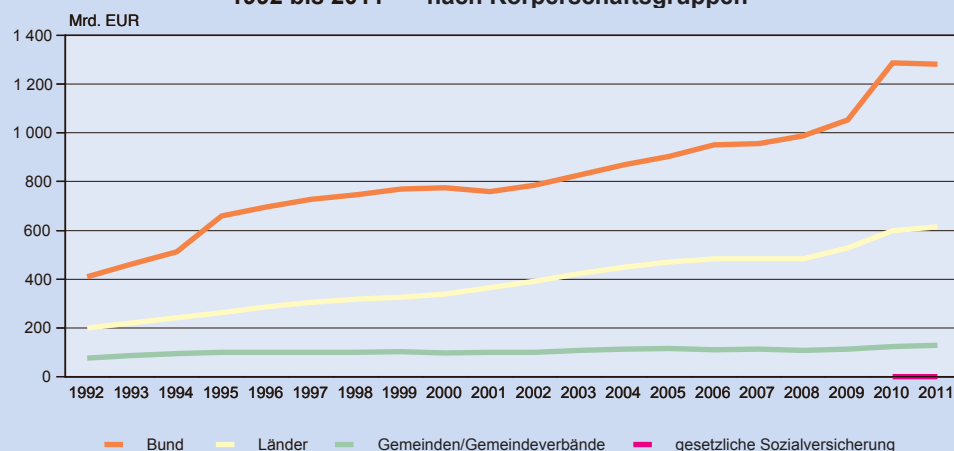
**) bis 2009 Kreditmarktschulden einschließlich Kassenkredite

Im Jahr 1992 belief sich der Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushaltes auf insgesamt 686,4 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2009 stieg der Schuldenstand auf 1 694,4 Mrd. Euro an. Damit hat sich die öffentliche Verschuldung innerhalb dieses Zeitraums beinahe verzweieinhalbfacht (+146,9 Prozent). Vergleichsweise hoch waren die Zuwachsraten insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre aufgrund der mit der deutschen Vereinigung verbundenen finanziellen Anforderungen.

Ein Vergleich der Ergebnisse des Jahres 2009 mit denen vorangegangener Berichtsjahre ist aufgrund vorgenommener Ausgliederungen aus den Kernhaushalten nur eingeschränkt möglich. Bereits in den Jahren 1995 bzw. 2000 wurden in den Bundesländern Niedersachsen und Hessen die Hochschulen aus den Landeshaushalten ausgegliedert. Der im Hinblick auf seine Verschuldung gewichtige Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2002 ausgegliedert. Schließlich emitierte der Bundes-Pensions-Service für Post- und Telekommunikation e.V. im Jahr 2005 erstmals Wertpapiere in Höhe von 8,0 Mrd. Euro. In den Ergebnissen für das Berichtsjahr ist dieser Betrag nicht berücksichtigt⁹⁾.

9) vgl. Nicodemus, S. (2008): Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2007, Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 6/2008, S. 498

**Schulden der öffentlichen Haushalte beim nicht-öffentlichen Bereich
1992 bis 2011 ^{*)} nach Körperschaftsgruppen**



^{*)} ab 2006 einschließlich ausgewählter öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung zum Sektor Staat zählen; ab 2010 einschließlich aller öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung zum Sektor Staat zählen

^{**)} bis 2009 Kreditmarktschulden einschließlich Kassenkredite

Die Verschuldung des Bundeshaushalts hat sich zwischen den Jahren 1992 und 2009 deutlich erhöht, nämlich von 409,8 Mrd. Euro auf 1 053,8 Mrd. Euro (+ 157,2 Prozent). Besonders hoch war der relative Anstieg in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre. So wurden in den Jahren 1993, 1994 und 1995 Zuwächse von 12,6 Prozent, 11,2 Prozent und 28,3 Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahr verbucht.

Ganz anders dagegen die Situation zu Beginn des neuen Jahrtausends. So wurde im Jahr 2000 lediglich ein Anstieg von 0,6 Prozent und im Jahr 2001 gar ein Rückgang von 1,9 Prozent verzeichnet. Ausschlaggebend hierfür war, dass in diesen Jahren die durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten Einnahmen teilweise für die Tilgung von Schulden Verwendung fanden.

Die Schulden der Länder sind im betrachteten Zeitraum von 199,2 Mrd. Euro im Jahr 1992 auf 526,7 Mrd. Euro im Jahr 2009 angestiegen. Dies entspricht einer Steigerung um 164,5 Prozent. Damit sind die Schulden der Länder relativ stärker gestiegen als jene der anderen Körperschaftsgruppen. Die höchsten Zuwächse verzeichneten die Länder in den Jahren 1993 (+11,4 Prozent) und 2009 (+9,0 Prozent). Im Gegensatz dazu wurde im Jahr 2008 ein Rückgang des Schuldenstandes (-0,2 Prozent) verzeichnet.

Der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände bei nicht-öffentlichen Geldgebern belief sich im Jahr 1992 auf 77,4 Mrd. Euro und im Jahr 2009 auf 113,8 Mrd. Euro. Damit betrug der Anstieg der Verschuldung im betrachteten Zeitraum 47,0 Prozent und war damit deutlich niedriger als beim Bund oder den Ländern. Den mit Abstand höchsten Anstieg gegenüber dem Vorjahreswert verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände bereits im Jahr 1993 (+12,1 Prozent). Dagegen war in den Jahren 2000 (-3,8 Prozent), 2007 (-1,4 Prozent) und 2008 (-1,6 Prozent) jeweils ein Rückgang der Verschuldung zu beobachten.

Der im Vergleich zu den anderen Ebenen moderate Anstieg der kommunalen Verschuldung reflektiert die Konsolidierungsbestrebungen der Gemeinden- und Gemeindeverbände zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums.

Beim Bund besonders hoher Anstieg des Schuldenstandes in der ersten Hälfte der 1990er Jahre

Schulden der Länder relativ am stärksten gestiegen

Geringster Anstieg der Verschuldung bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden

Gleichwohl darf hierbei nicht übersehen werden, dass ein weiterer Grund für diese Entwicklung auch darin besteht, dass die Geimeinden- und Gemeindeverbände seit geraumer Zeit Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Verbindlichkeiten der ausgegliederten Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbständigen Unternehmen oder Einrichtungen übernommen und bleiben in der statistischen Darstellung in der Regel unberücksichtigt.

Des Weiteren ist in Betracht zu ziehen, dass seit dem Jahr 2010 die Schulden aller Zweckverbände, die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen zum Sektor Staat gehören, bei den Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts dargestellt werden. In den Vorjahren wurden die kaufmännisch buchenden Zweckverbände des Staatssektors bei den Schulden der Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen, also bei den Schulden des öffentlichen Bereichs, nachgewiesen. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen wurden davon abweichend die kaufmännisch buchenden Zweckverbände bis einschließlich 1994, in Hessen bis einschließlich 1995, in Thüringen bis einschließlich 1996, in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bis einschließlich 1999, im Saarland bis einschließlich 2000 sowie in Bayern und Nordrhein-Westfalen bis 2005 den öffentlichen Haushalten zugeordnet¹⁰⁾.

Die Entwicklung im Jahr 2010

**Größter Anteil
öffentlicher Schulden
entfällt auf den Bund**

Zum Jahresende 2010 war der öffentliche Gesamthaushalt beim nicht-öffentlichen Bereich mit 2 011,7 Mrd. Euro verschuldet. Der größte Anteil öffentlicher Schulden entfiel mit 1 287,5 Mrd. Euro auf den Bund. Die Länder waren mit 600,1 Mrd. Euro, die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 123,6 Mrd. Euro und die gesetzliche Sozialversicherung mit 0,5 Mrd. Euro verschuldet.

**Jährliche Schulden-
statistik zum
Jahresende 2010
erstmalig nach neuem
Konzept erhoben**

Die jährliche Schuldenstatistik wurde aufgrund von Anpassungen an Vorgaben der Europäischen Union vollständig überarbeitet und zum 31.12.2010 erstmals nach einem neuen Konzept erhoben. Neben einem neuen Erhebungsprogramm wurde der Berichtskreis ausgedehnt. So werden nunmehr die Schulden der gesetzlichen Sozialversicherung (einschließlich der Bundesagentur für Arbeit) und jene aller Extrahaushalte in die Berechnung einbezogen. Aus diesem Grunde ist die öffentliche Verschuldung seit dem Jahr 2010 nur noch eingeschränkt mit jener der Vorjahre vergleichbar.

Darüber hinaus hat sich auch die Gläubigerstruktur geändert. Nunmehr werden im Schuldenstand ausschließlich Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich berücksichtigt und hier alle Wertpapierschulden sowie die Kredite und Kassenkredite nachgewiesen. Bisher richtete sich die Schuldenstatistik am Haushaltsrecht aus. Der einbezogene Gläubigerkreis umfasste daher auch Kredite bei öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, wie beispielsweise der Bundesagentur für Arbeit, den öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und sonstigen Sozialversicherungen.

Zulässig ist ein Vorjahresvergleich im Hinblick auf die Wertpapierschulden sowie die Kredite des öffentlichen Gesamthaushalts beim nicht-öffentlichen Bereich. Diese sind zwischen dem Jahresende 2009 und 2010 um rund 309,0 Mrd. Euro bzw. 18,8 Prozent auf 1 951,3 Mrd. Euro angestiegen. Dabei stieg beim Bund der Schuldenstand um 23,1 Prozent. Hierbei hat beim Bund wesentlich die Über

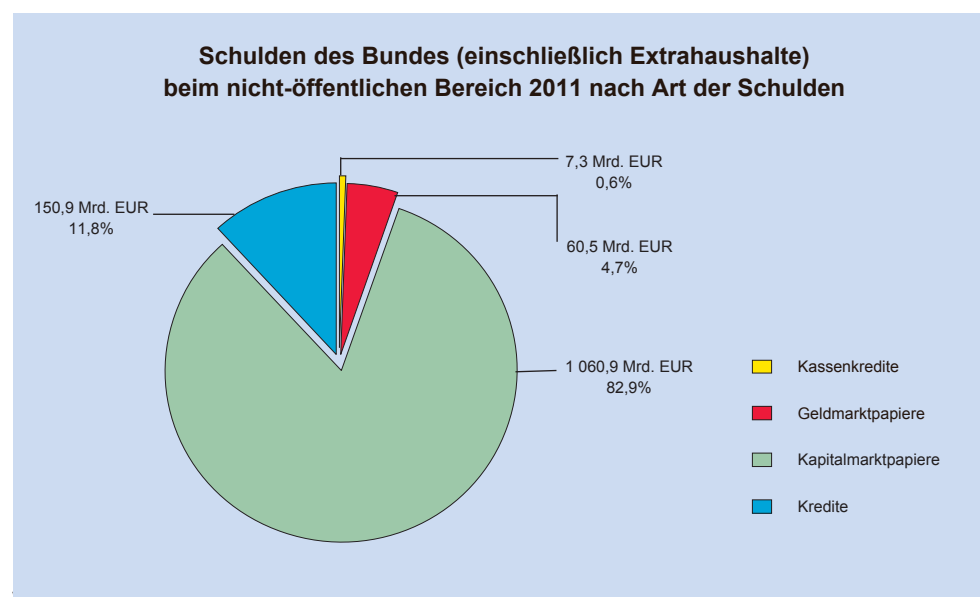
10) vgl. Statistisches Bundesamt, Schulden der öffentlichen Haushalte 2011 – Fachserie 14, Reihe 5, Seite 13, Wiesbaden 2012

tragung von Risikopapieren der Hypo Real Estate in die FMS Wertmanagement zur Verschuldung beigetragen. Bei den Ländern betrug die Schuldenzunahme 13,1 Prozent und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 1,9 Prozent. Im Hinblick auf die gesetzliche Sozialversicherung war die Verschuldung mit Minus 4,9 Prozent sogar rückläufig.

Die Schuldensituation am Jahresende 2011

Am Jahresende 2011 waren der Bund und seine Extrahaushalte ¹¹⁾ mit 1 279,6 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet. Das waren fast 7,9 Mrd. Euro bzw. 0,6 Prozent weniger als am Jahresende 2010. Von den Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich entfielen 1 043,4 Mrd. Euro auf den Kernhaushalt (+0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr) und 236,2 Mrd. Euro auf die Extrahaushalte des Bundes (-6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr).

**1 279,6 Mrd. Euro
Schulden des
Bundes und seiner
Extrahaushalte 2011**



Beim Haushalt des Bundes (einschl. Extrahaushalte) überwogen mit 1 121,4 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 87,6 Prozent die in Wertpapieren verbrieften Schulden, davon waren 60,5 Mrd. Euro Geldmarktpapiere ¹²⁾ und 1 060,9 Mrd. Euro Kapitalmarktpapiere ¹³⁾. Über Kredite bei Kreditinstituten sowie beim sonstigen inländischen und ausländischen Bereich hatte sich der Bund 150,9 Mrd. Euro bzw. 11,8 Prozent seiner Mittel beschafft, während die Kassenkredite ¹⁴⁾ 7,3 Mrd. Euro bzw. 0,6 Prozent aller Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich ausmachten.

**Schulden des Bundes
weit überwiegend in
Wertpapieren verbrieft**

Während des Jahres 2011 nahm der Bundeshaushalt (einschl. Extrahaushalte) 505,0 Mrd. Euro neue Wertpapiersschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich auf. Im Gegenzug tilgte er Schulden in Höhe von beinahe 436,6 Mrd. Euro. Bei den neu aufgenommenen Schulden handelte es sich zu beinahe einem Viertel (23,3 Prozent) um Geldmarktpapiere und Kredite mit einer kurzfristigen Laufzeit

**64,2 Prozent der
neuen Schulden
haben eine Laufzeit
zwischen einem und
fünf Jahren**

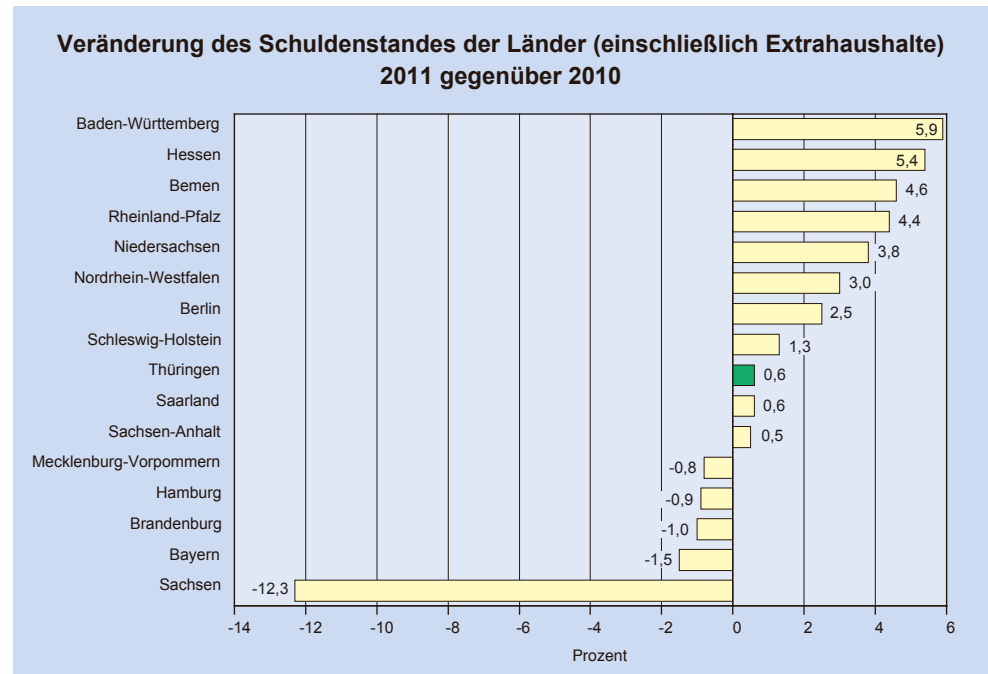
11) Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin), Investitions- und Tilgungsfonds (ITF), Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), FMS Wertmanagement und sonstige Extrahaushalte des Bundes

12) Geldmarktpapiere sind kurzfristige Schuldtitel der Öffentlichen Hand, die am Geldmarkt gehandelt werden, wie beispielsweise unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze.

13) Kapitalmarktpapiere sind Wertpapiere, die am Kapitalmarkt gehandelt werden. Hierzu zählen u.a. Anleihen, Bundesschatzbriefe, Bundesschatzanweisungen, Bundesobligationen und inflationsindexierte Bundeswertpapiere.

14) Kassenkredite sind kurzfristige Verbindlichkeiten, die Berichtskörperschaften zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen eingehen. Sie dienen nicht der Ausgabendeckung (keine investiven Zwecke), sondern der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft beziehungsweise der Liquiditätssicherung.

(bis einschließlich einem Jahr), zu 64,2 Prozent um Kapitalmarktpapiere und Kredite mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und zu einem Achtel (12,5 Prozent) um Kapitalmarktpapiere und Kredite mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).



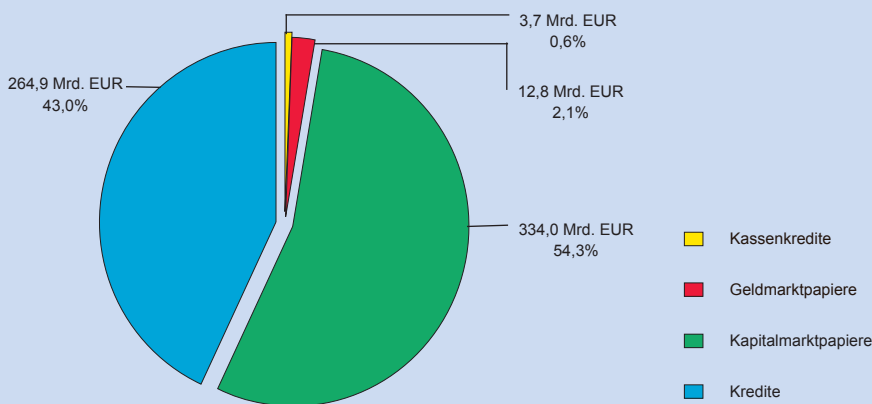
Am Jahresende 2011 waren die Länder und deren Extrahaushalte mit 615,4 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet. Das waren etwa 15,3 Mrd. Euro bzw. 2,5 Prozent mehr als am Jahresende 2010.

Schuldenstand in Sachsen deutlich rückläufig

Im Hinblick auf die Flächenländer wurden die höchsten Steigerungen in Baden-Württemberg (+5,9 Prozent), Hessen (+5,4 Prozent) und in Rheinland-Pfalz (+4,4 Prozent) verbucht. Während Länder wie Sachsen-Anhalt (+0,5 Prozent) und Thüringen (+0,6 Prozent) nur geringe Steigerungen verzeichneten, war die Verschuldung in Mecklenburg-Vorpommern (-0,8 Prozent), Brandenburg (-1,0 Prozent), Bayern (-1,5 Prozent) und insbesondere Sachsen (-12,3 Prozent) sogar rückläufig.

Auch in den Stadtstaaten war die Entwicklung unterschiedlich: In Bremen stieg der Schuldenstand um 4,6 Prozent, in Berlin war der Anstieg deutlich geringer (+2,5 Prozent) und in Hamburg verringerte er sich um 0,9 Prozent.

**Schulden der Länderhaushalte (einschließlich Extrahaushalte)
beim nicht-öffentlichen Bereich 2011 nach Art der Schulden**

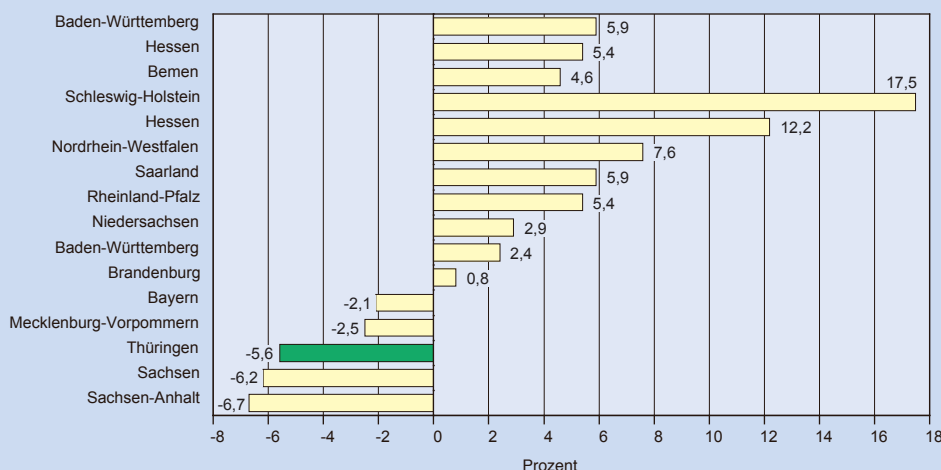


Von den Schulden der Länder im Jahr 2011 beim nicht-öffentlichen Bereich entfielen 532,6 Mrd. Euro auf deren Kernhaushalte und 82,8 Mrd. Euro auf deren Extrahaushalte. Von den insgesamt 615,4 Mrd. Euro Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich entfiel mehr als die Hälfte (346,8 Mrd. Euro bzw. 56,4 Prozent) auf Wertpapierschulden. Diese bestanden weit überwiegend (334,0 Mrd. Euro bzw. 96,3 Prozent) in Form von Kapitalmarktpapieren. Rund 264,9 Mrd. Euro bzw. 43,0 Prozent entfielen auf Kredite, davon waren 159,1 Mrd. Euro Darlehen von Banken und Sparkassen. Die Kassenkredite waren mit 3,7 Mrd. Euro bzw. einem Anteil von 0,6 Prozent nur von untergeordneter Bedeutung.

**96,3 Prozent
der Länderschulden
in Form von
Kapitalmarktpapieren**

Im Jahr 2011 wurden von den Länderhaushalten (einschl. Extrahaushalte) insgesamt 120,8 Mrd. Euro Wertpapierschulden und Kredite beim nicht-öffentlichen Bereich neu aufgenommen (+ 14,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Gleichzeitig wurden Schulden in Höhe von 101,9 Mrd. Euro getilgt (+ 28,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Von den 2011 neu aufgenommenen Schulden der Länder hatten 18,7 Prozent eine kurzfristige (Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr), 46,6 Prozent eine mittelfristige (Laufzeit über 1 Jahr bis einschließlich 5 Jahre) und 34,7 Prozent eine langfristige Laufzeit (über 5 Jahre).

**Veränderung des Schuldenstandes der Kommunen der Flächenländer
(einschließlich Zweckverbände und sonstige Extrahaushalte)
2011 gegenüber 2010**



Gemeinden und Gemeindeverbände mit 129,6 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet

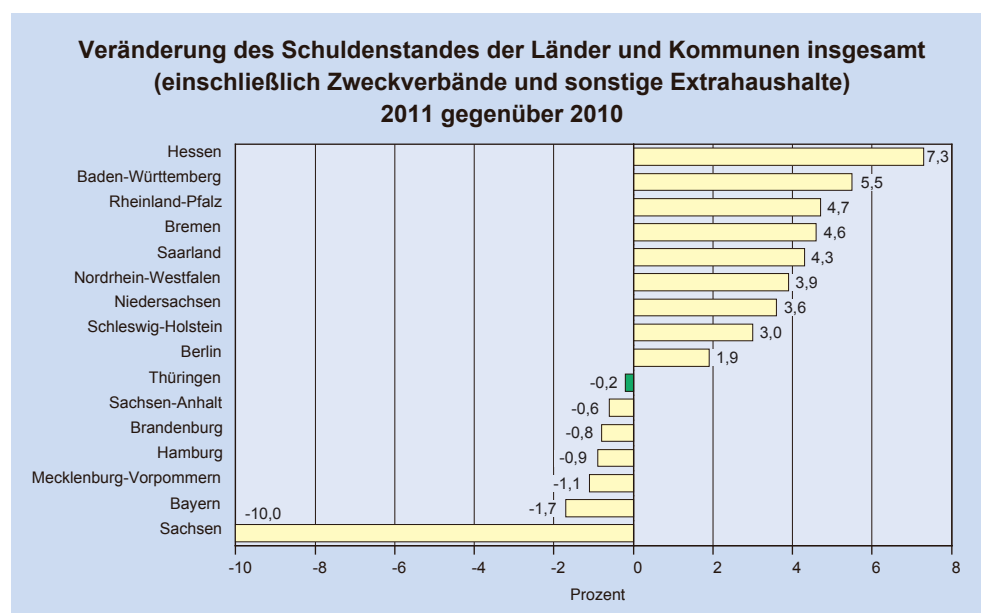
Die Gemeinden und Gemeindeverbände einschließlich der Zweckverbände¹⁵⁾ und der sonstigen Extrahaushalte waren am Jahresende 2011 mit insgesamt 129,6 Mrd. Euro beim nicht-öffentlichen Bereich verschuldet (+4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Hiervon entfielen rund 121,1 Mrd. Euro auf die Kernhaushalte der Kommunen, beinahe 1,7 Mrd. Euro auf die Zweckverbände und fast 6,8 Mrd. Euro auf die sonstigen Extrahaushalte der Gemeinden.

Die höchsten prozentualen Anstiege des Schuldenstandes beim nicht-öffentlichen Bereich wurden im Jahr 2011 bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Schleswig-Holstein (+17,5 Prozent), Hessen (+12,2 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (+7,6 Prozent) verzeichnet. Dagegen wurden die höchsten Rückgänge in Sachsen-Anhalt (-6,7 Prozent), Sachsen (-6,2 Prozent) und Thüringen (-5,6 Prozent) verbucht.

Die kommunalen Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich setzten sich weit überwiegend aus Krediten (85,4 Mrd. Euro bzw. 65,9 Prozent) und Kassenkrediten (44,0 Mrd. Euro bzw. 34,0 Prozent) zusammen. Lediglich 181 Mill. Euro bzw. 0,1 Prozent entfielen auf Kapitalmarktpapiere.

Im Jahr 2011 nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände mit 9,8 Mrd. Euro 17,3 Prozent weniger Wertpapiersschulden und Kredite als im Vorjahr neu auf. Im Gegenzug wurden 9,6 Mrd. Euro an Krediten beim nicht-öffentlichen Bereich getilgt. Das waren 748 Mill. Euro bzw. 7,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Von den 2011 neu aufgenommenen Wertpapiersschulden und Krediten hatten 11,0 Prozent eine kurzfristige, 6,1 Prozent eine mittelfristige und 82,9 Prozent eine langfristige Laufzeit.

Vielfach sind in den einzelnen Bundesländern die Landesaufgaben und die kommunalen Aufgaben unterschiedlich verteilt. Aus diesem Grunde ist es auch sinnvoll die Landes- und die kommunale Ebene gemeinsam zu betrachten. Das nachfolgende Schaubild gibt daher die zusammengefasste Veränderung des Schuldenstandes der einzelnen Länder und deren Kommunen wieder:



¹⁵⁾ Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens

**Verschuldung der
gesetzlichen
Sozialversicherung
vergleichsweise
gering**

Am Jahresende 2011 betrug der Schuldenstand der gesetzlichen Sozialversicherung und deren Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich 823 Mill. Euro¹⁶⁾. Damit war deren Verschuldung gegenüber dem nicht-öffentlichen Bereich vergleichsweise niedrig. Im Jahr 2011 waren lediglich 0,04 Prozent der Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushaltes der gesetzlichen Sozialversicherung zuordenbar.

Eine wesentliche Ursache für die vergleichsweise geringe Verschuldung der gesetzlichen Sozialversicherung ist darin zu sehen, dass es den Trägern der Sozialversicherung – also deren Kernhaushalte – grundsätzlich nicht gestattet ist Kredite aufzunehmen. Ausnahmen bestehen beispielsweise bei der Aufnahme von Mitteln zur Sicherung der Liquidität sowie bei zweckgebundenen Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Ausweitung von Sachvermögen. Die Kreditaufnahme bedarf der Zustimmung des Bundesversicherungsamtes.

Die Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages

Wie eingangs bereits erwähnt, erfolgt die Berechnung der Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Ausgangspunkt sind hierbei die Daten der amtlichen Schuldenstatistik. Dabei wird der Schuldenstand nach Maastricht aus den in der Schuldenstatistik nachgewiesenen Kreditmarktschulden (im weiteren Sinne) wie folgt abgeleitet:

Kreditmarktschulden im weiteren Sinne	
plus	Kreditähnliche Rechtsgeschäfte (Restkaufgelder und Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden)
plus	Kassenverstärkungskredite
plus	Platzhaltergeschäfte
plus	Münzumsatz
plus	Schulden der Sozialversicherung
plus	Differenz zwischen dem Nominal- und abgezinsten Wert der unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze
plus	Sonstige Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen von Banken
plus	Sonstige Korrekturen zugunsten von EU-Staaten
plus	Sonstige Korrekturen
abzüglich	Versorgungsrücklagen und sonstiger Konsolidierung
abzüglich	Schulden der Gebietskörperschaften bei der Sozialversicherung
ergibt	Schuldenstand nach Maastricht-Vertrag

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schulden der öffentlichen Haushalte 2011 – Fachserie 14, Reihe 5, Seite 20, Wiesbaden 2012

¹⁶⁾ Die Vergleichbarkeit zum Vorjahr ist durch ein geändertes Meldeverhalten der 2010 erstmals erhobenen gesetzlichen Sozialversicherungsträger eingeschränkt.

Für die Jahre 2007 bis 2011 lassen sich die entsprechenden Werte anhand der nachfolgenden Tabelle darstellen.

Umrechnung des Schuldenstandes der Schuldenstatistik in den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag¹⁾

Schuldenart	2007	2008	2009	2010	2011
	Milliarden EUR				
Kreditmarktschulden im weiteren Sinne (Finanzstatistik) und kreditähnliche Rechtsgeschäfte	1 509,3	1 525,7	1 625,5	1 957,4	1 955,2
plus Kassenverstärkungskredite	49,4	59,8	57,2	62,7	83,0
plus Platzhaltergeschäfte ¹⁾	12,3	12,3	12,3	12,4	11,2
plus Münzumschlag	6,9	7,4	7,8	8,3	8,8
plus Schulden der Sozialversicherung	1,6	1,5	1,3	1,3	1,3
plus Differenz zwischen dem Nominal- und abgezinsten Wert der unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze	0,8	0,6	0,5	0,4	0,4
minus Versorgungsrücklagen und sonstige Konsolidierung	3,3	4,1	5,0	8,1	8,0
minus Schulden der Gebietskörperschaften bei der Sozialversicherung	0,9	1,3	0,5	2,6	3,2
plus sonstige Korrekturen aufgrund von Stützungsmaßnahmen für Banken		38,2	37,9	12,3	10,6
plus sonstige Korrekturen zugunsten von EU-Staaten				5,9	19,9
plus sonstige Korrekturen	6,2	9,2	12,9	6,7	9,3
ergibt Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag²⁾	1 582,4	1 649,3	1 766,9	2 056,7	2 088,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Schulden der öffentlichen Haushalte 2011 – Fachserie 14 Reihe 5, Seite 20, Wiesbaden 2012

¹⁾ Berechnungsstand: Juli 2012

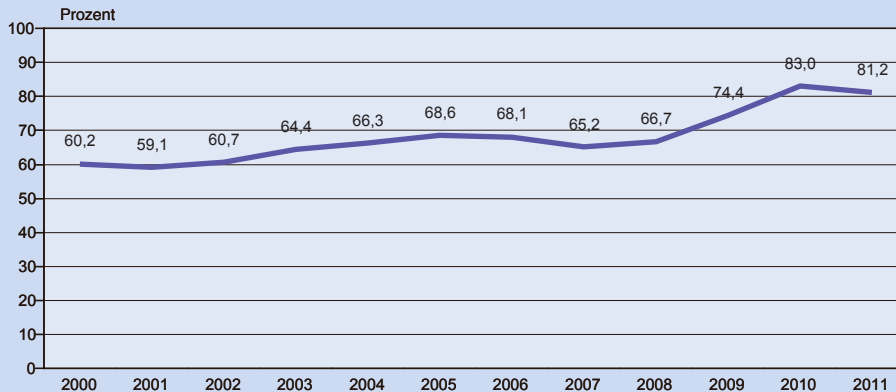
²⁾ Verkäufe von Post- und Telekom-Aktien des Bundes an die Kreditanstalt für den Wiederaufbau

²⁾ Wegen zwischenzeitlicher Datenrevision sind Abweichungen gegenüber den in der jeweils vorangegangenen halbjährigen Notifikation des öffentlichen Defizits und Schuldenstandes gemeldeten Werte möglich.

Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages 2011 bei rund 2 088,5 Mrd. Euro

Die Staatsverschuldung in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages betrug in Deutschland im Jahr 2011 rund 2 088,5 Mrd. Euro. Bei der Beurteilung der Höhe der Staatsschulden ist aber nicht so sehr deren absolute Höhe von Bedeutung, sondern das Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, d.h. zur Summe der gesamten in Geld bewerteten Güter und Dienstleistungen in Deutschland im betrachteten Jahr. Denn bei einem höheren Bruttoinlandsprodukt steigt auch die Kapazität eines Landes Staatsschulden zu verkraften, d.h. im Inland zu halten, oder auf den internationalen Finanzmärkten Schuldtitel zu angemessenen Zinssätzen zu emittieren.

**Die Entwicklung der Maastricht-Staatsschuldenquote
in Prozent des Bruttoinlandsproduktes**



Lag die deutsche Staatsverschuldung im Jahr 2000 noch bei etwas über drei Fünftel des Bruttoinlandsproduktes (60,2 Prozent), so ist sie bis zum Jahr 2011 auf über vier Fünftel des Bruttoinlandsproduktes (81,2 Prozent) angestiegen. Den bisher höchsten Wert erreichte die Staatsschuldenquote im Jahr 2010 mit 83,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Zwischen den Jahren 2010 und 2011 ist die Staatsschuldenquote um 1,8 Prozentpunkte auf 81,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes abgesunken.

**Deutsche Staats-
schuldenquote 2011
bei 81,2 Prozent
des Bruttoinlands-
produktes**

Ausblick

Das Bundesfinanzministerium hat dem Stabilitätsrat eine aktualisierte Mittel-fristprojektion der öffentlichen Haushalte für die Jahre 2012 bis 2016 vorgelegt¹⁷⁾. Danach sei aktuell davon auszugehen, dass das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit in diesem Jahr vollständig abgebaut wird, also bereits bei null liegt. Dies würde bedeuten, dass der Staatshaushalt bereits in diesem Jahr ausgeglichen ist.

Des weiteren geht das Bundesfinanzministerium davon aus, dass die Staats-schuldenquote im Jahr 2012 bei 81,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt. In der mittleren Frist würde sich die positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte und die zu erwartende Abwicklung der Portfolios der Bad Banks schuldenstands-mindernd auswirken. Im Ergebnis könnte die Schuldenstandsquote bis auf rund 73,0 Prozent des Bruttoinlandsproduktes im Jahr 2016 sinken.

**Absinken der Staats-
schuldenquote bis
auf rund 73,0 Prozent
im Jahr 2016 möglich**

17) vgl. Bundesministerium der Finanzen (2012): Pressemitteilung, 03.12.2012, „Ausgeglichener Staatshaushalt bereits in diesem Jahr – Maastricht-Defizit sinkt auf null!“

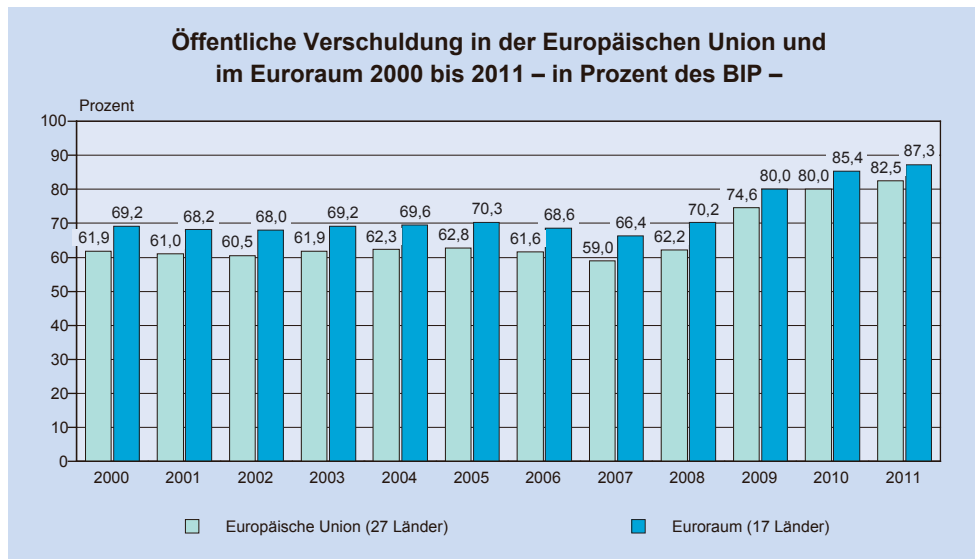
Öffentliche Verschuldung in der Europäischen Union

Die hohen Staatsschulden der Industrieländer sind ein großes Risiko für die Finanzstabilität. Dabei stehen einige Länder der Europäischen Währungsunion im Brennpunkt der Märkte und der öffentlichen Wahrnehmung. Aber auch von den Defiziten und hohen Staatsschulden anderer wichtiger Länder können auf mittlere Sicht Belastungen für die Weltwirtschaft und die globale Finanzstabilität ausgehen.

Aufgrund der enormen Bedeutung, die der Verschuldung in Europa zukommt, werden von Eurostat vierteljährlich Daten zum öffentlichen Schuldenstand von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach der Ratsverordnung (EG) Nr. 1222/2004 erhoben. Diese beziehen sich auf den Maastricht-Schuldenstand. Für jedes Quartal wird der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (Maastricht-Staatsschuldenquote) anhand der Summe des Bruttoinlandsproduktes der letzten vier Quartale errechnet.

Zudem wird eine jährliche Erhebung zur Struktur der Staatsschulden durchgeführt. Hierzu werden von den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union Informationen im Hinblick auf Finanzinstrumente, Herkunft der Gläubiger, Laufzeit der Verbindlichkeiten u.ä.m. erhoben. Der Fragebogen für das Jahr 2011 wurde nicht von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union vollständig ausgefüllt.

Die Entwicklung der Staatsverschuldung



Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd edpt1, zugegriffen am 11.02.2013)

Die Staatsverschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Europa hat im Jahr 2011 einen neuen Rekordstand erreicht. Sowohl in der Eurozone (17 Länder) als auch in der gesamten Europäischen Union (27 Länder) stieg die Maastricht-Staatsschuldenquote.¹⁸⁾¹⁹⁾ Bei den Euroländern lag die Maastricht-Staatsschuldenquote im Jahr 2011 bei 87,3 Prozent des BIP. Im Jahr 2010 betrug sie noch 85,4 Prozent des BIP. In der Europäischen Union stieg die Maastricht-Staatsschuldenquote im gleichen Zeitraum von 80,0 auf 82,5 Prozent des BIP.

Betrachtet man die Entwicklung der Maastricht-Staatsschuldenquote seit dem Jahr 2000, so fallen insbesondere zwei Sachverhalte auf:

Zum einen entwickelte sich die Maastricht-Staatsschuldenquote im Euroraum und in der Europäischen Union sehr ähnlich. Dabei war die Staatsverschuldung in der gesamten Europäischen Union stets geringer als im Euroraum. Am größten war der Abstand im Jahr 2008 (8,0 Prozentpunkte), am geringsten im Jahr 2011 (4,8 Prozentpunkte).

Zum anderen lässt die Entwicklung der Maastricht-Staatsschuldenquote – sowohl im Euroraum als auch in der Europäischen Union – keine einheitliche Entwicklung erkennen. Nimmt man das Jahr 2000 als Ausgangspunkt, dann sank die Maastricht-Schuldenquote zunächst von 69,2 Prozent des BIP in der Eurozone bzw. 61,9 Prozent des BIP in der Europäischen Union auf 68,0 bzw. 60,5 Prozent des BIP im Jahr 2002. In den folgenden drei Jahren war dann ein stetiger Anstieg der Staatsverschuldung zu verzeichnen. Im Jahr 2005 betrug sie im Euroraum 70,3 Prozent des BIP und in der Europäischen Union 62,8 Prozent des BIP.

Staatsverschuldung erreicht 2011 neuen Rekordstand

Staatsverschuldung in der gesamten EU geringer als im Euroraum

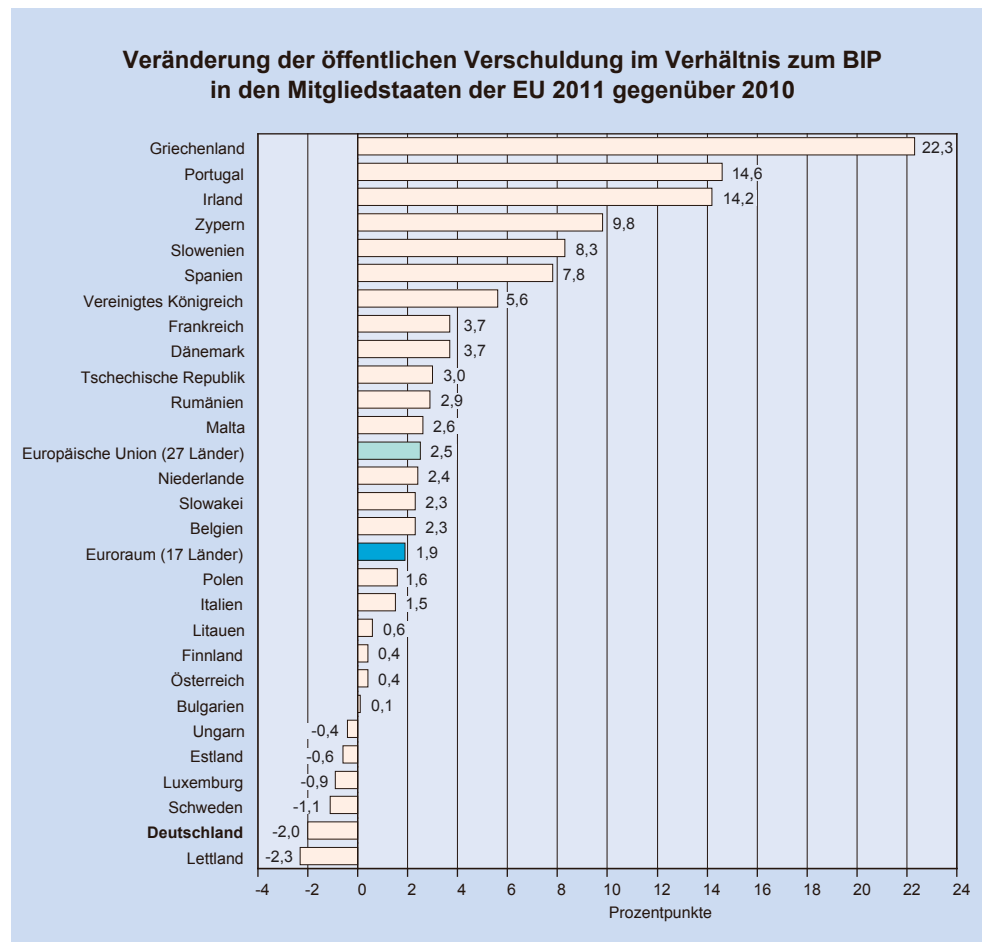
18) **Euroraum:** Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

EU27: Belgien, Bulgarien, die Tschechische Republik, Dänemark, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Litauen, Luxemburg, Ungarn, Malta, die Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Slowenien, die Slowakei, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

19) Die Berechnung des Schuldenstandes nach dem Maastricht-Vertrag erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Diese unterscheidet sich von jener nach der amtlichen deutschen Schuldenstatistik durchgeführten Berechnung insbesondere dadurch, dass für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem auch die Kassenverstärkungskredite, die Platzhaltergeschäfte, die Verbindlichkeit des Bundes aus dem Münzumsatz sowie die Schulden der Sozialversicherung mit einbezogen werden.

Deutlicher Anstieg der Maastricht-Staats-schuldenquote seit 2007

Die Jahre 2006 (68,6 bzw. 61,6 Prozent des BIP) und 2007 (66,4 bzw. 59,0 Prozent des BIP) waren abermals von einem Rückgang der Staatsverschuldung gekennzeichnet. Seither ist wieder ein stetiger Anstieg der Maastricht-Staatsschuldenquote zu verbuchen. Zwischen den Jahren 2007 und 2011 erhöhte sie sich um 20,9 Prozentpunkte im Euroraum und 23,5 Prozentpunkte in der Europäischen Union.

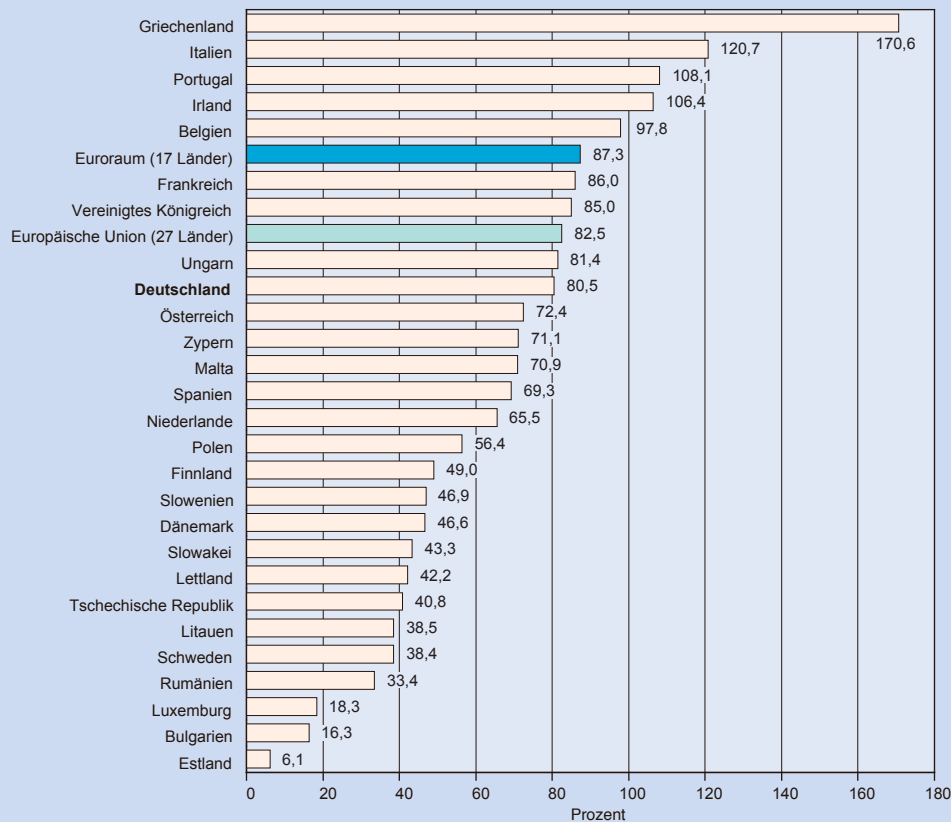


Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd edpt1, zugegriffen am 11.02.2013)

Zwischen 2010 und 2011 Rückgang des Schuldenstandes in sechs EU-Ländern

Zwischen den Jahren 2010 und 2011 verbesserte sich der Schuldenstand lediglich in sechs EU-Ländern. Den höchsten Rückgang verzeichnete Lettland (-2,3 Prozentpunkte), es folgen Deutschland (-2,0 Prozentpunkte), Schweden (-1,1 Prozentpunkte), Luxemburg (-0,9 Prozentpunkte), Estland (-0,6 Prozentpunkte) und Ungarn (-0,4 Prozentpunkte). Vergleichsweise gering war der Anstieg der Maastricht-Staatsschuldenquote in Italien (1,5 Prozentpunkte) und Polen (1,6 Prozentpunkte). Dagegen verbuchten Irland (14,2 Prozentpunkte), Portugal (14,6 Prozentpunkte) und Griechenland (22,3 Prozentpunkte) deutliche Steigerungen.

Öffentliche Verschuldung in den Mitgliedstaaten der EU 2011 – in Prozent des BIP –



Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd edpt1, zugegriffen am 11.02.2013)

Innerhalb der Europäischen Union gibt es große Unterschiede im Hinblick auf die Maastricht-Staatsschuldenquote. Angeführt wurde die Schuldenstandsrankliste im Jahr 2011 von Griechenland mit 170,6 Prozent des BIP, Italien mit 120,7 Prozent des BIP und Portugal mit 108,1 Prozent des BIP. Am unteren Ende der Skala fanden sich Estland (6,1 Prozent des BIP), Bulgarien (16,3 Prozent des BIP) und Luxemburg (18,3 Prozent des BIP).

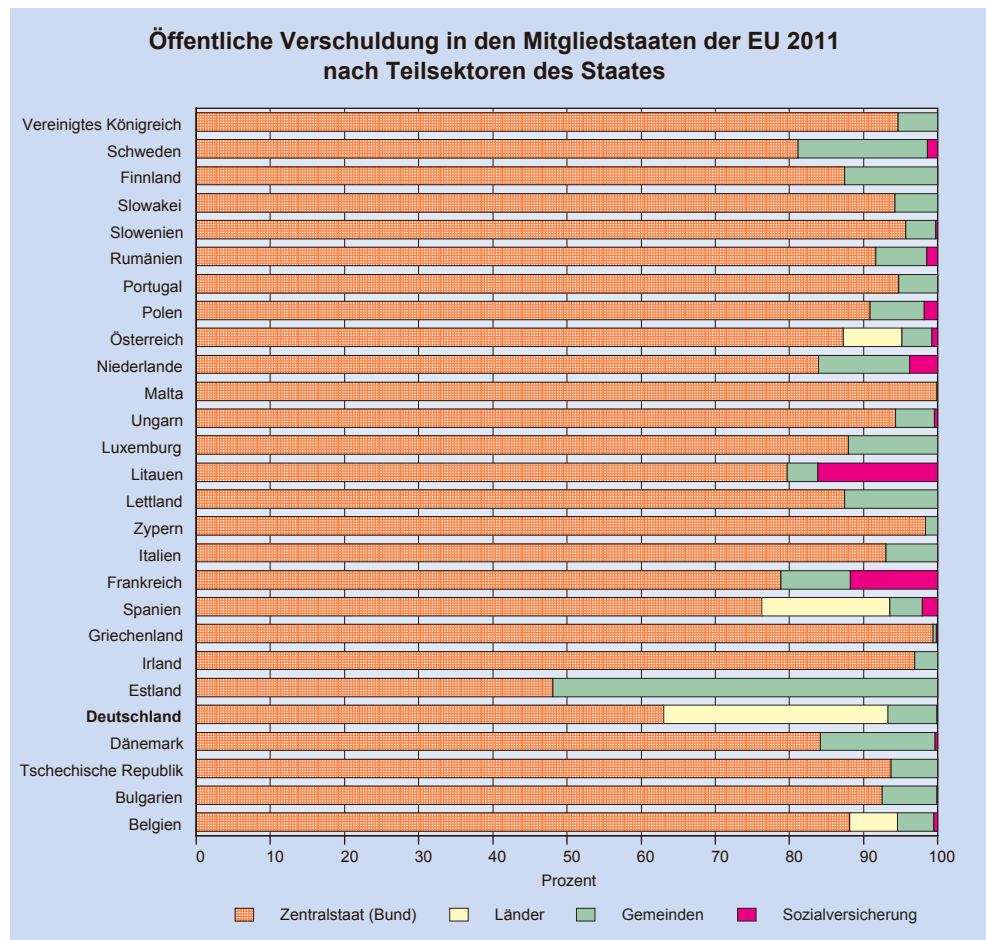
Mit einer Maastricht-Schuldenquote von 80,5 Prozent des BIP hatte Deutschland im Jahr 2011 die neunthöchste Verschuldung aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Gleichwohl lag Deutschland damit sowohl unter dem Durchschnitt der Europäischen Union mit 82,5 Prozent des BIP, als auch unter dem Durchschnitt der 17 Euroländer mit 87,3 Prozent.

Maastricht-Staatschuldenquote am geringsten in Estland und am höchsten in Griechenland

Deutschland mit neunthöchster Verschuldung aller 27 Mitgliedstaaten der EU

Öffentliche Verschuldung nach Teilsektoren des Staates

Das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) unterteilt den Staatssektor in vier Teilsektoren: Den Zentralstaat (Bund), Länder, Gemeinden und die Sozialversicherung. Das nachfolgende Schaubild veranschaulicht die Aufteilung der öffentlichen Verschuldung der Mitgliedstaaten der EU auf diese vier Teilsektoren:



Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd ggd, zugegriffen am 13.02.2013)

Zentralstaat mit hohem Anteil an der öffentlichen Verschuldung

In 24 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union entfielen im Jahr 2011 mehr als drei Viertel der öffentlichen Verschuldung auf den Zentralstaat. Geringer war der Anteil des Zentralstaates an der öffentlichen Verschuldung lediglich in Estland (48,1 Prozent), Deutschland (63,0 Prozent) und Frankreich (78,9 Prozent).

Verhältnismäßig hoch war der Anteil der Länder an der öffentlichen Verschuldung in Deutschland (30,3 Prozent). Weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit einem Länderanteil an der öffentlichen Verschuldung waren im Jahr 2011 Spanien (17,3 Prozent), Österreich (7,9 Prozent) und Belgien (6,4 Prozent).

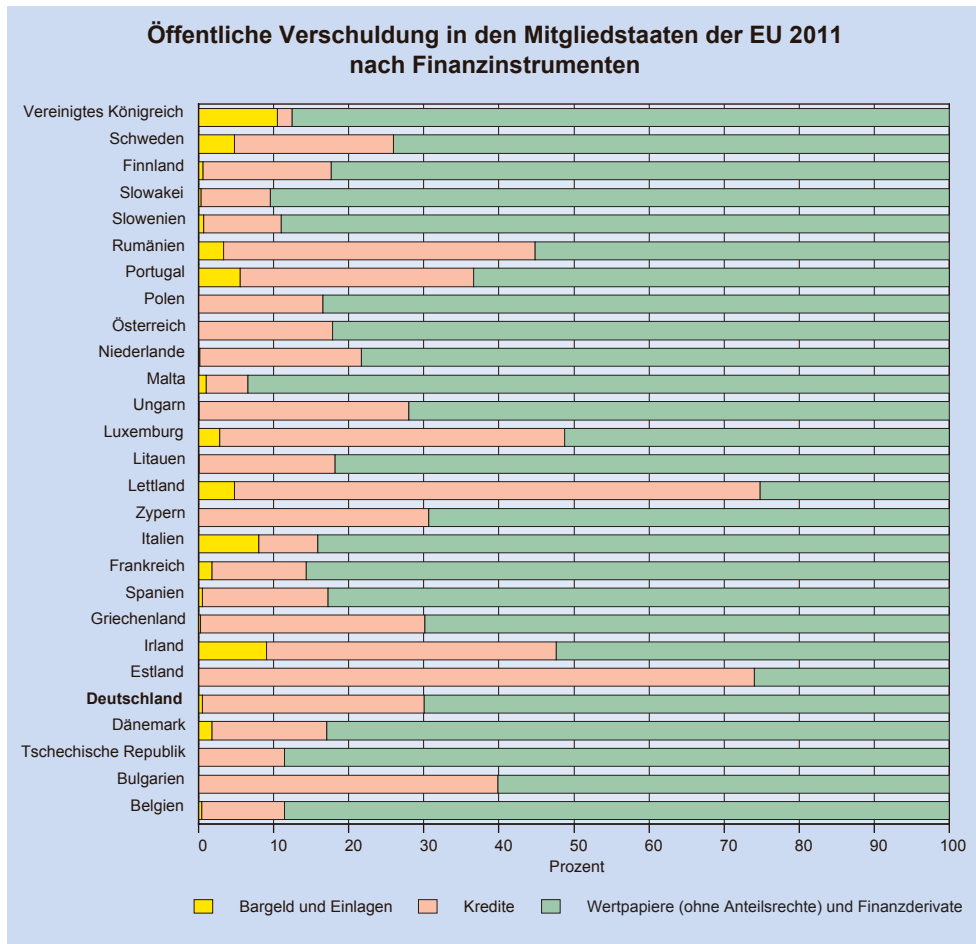
Im Gegensatz dazu wiesen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2011 einen Gemeindeanteil an der öffentlichen Verschuldung auf. Sehr hoch war der Anteil der Gemeinden in Estland (51,9 Prozent); es folgen Schweden (17,4 Prozent), Dänemark (15,5 Prozent) und Lettland (12,6 Prozent). Am anderen Ende der Skala finden sich Malta (0,1 Prozent), Griechenland (0,5 Prozent) und Zypern (1,6 Prozent).

Sozialversicherung meist mit geringem Anteil an der öffentlichen Verschuldung

Die Sozialversicherung hatte in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union nur einen geringen Anteil an der öffentlichen Verschuldung. In 23 Mitgliedstaaten lag er bei unter 2,0 Prozent. Lediglich in Litauen (16,1 Prozent), Frankreich (11,8 Prozent), im Vereinigten Königreich (5,4 Prozent) und in den Niederlanden (3,8 Prozent) war der Anteil der Sozialversicherung an der öffentlichen Verschuldung höher.

Öffentliche Verschuldung nach Finanzinstrumenten

Im Hinblick auf Finanzinstrumente unterscheidet das neue Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate, Kredite sowie Bargeld und Einlagen. Die Aufteilung der öffentlichen Verschuldung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach Finanzinstrumenten veranschaulicht das nachfolgende Schaubild:



Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd cgd, gov dd slgd, gov dd ssfd, zugegriffen am 13.02.2013)

Für 25 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren im Jahr 2011 Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate das mit Abstand wichtigste Finanzierungsinstrument. Zwischen 52,3 Prozent (Irland) und 93,4 Prozent (Malta) der öffentlichen Verschuldung wurden dergestalt finanziert. Geringer war der Anteil der Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate lediglich in Lettland (25,2 Prozent) und Estland (25,9 Prozent).

In den beiden letzteren Mitgliedstaaten der Europäischen Union waren Kredite mit einem Anteil von 70,1 Prozent (Lettland) und 74,1 Prozent (Estland) das vorherrschende Finanzierungsinstrument. Verhältnismäßig hoch war der Anteil auch in Luxemburg (45,9 Prozent), Rumänien (41,5 Prozent), Bulgarien (39,9 Prozent) und Irland (38,7 Prozent). Im Gegensatz dazu wurde im Vereinigten Königreich (2,0 Prozent), auf Malta (5,6 Prozent) und in Italien (7,8 Prozent) nur ein relativ geringer Teil der öffentlichen Verschuldung über Kredite finanziert.

Wertpapiere und Finanzderivate das zumeist wichtigste Finanzierungsinstrument

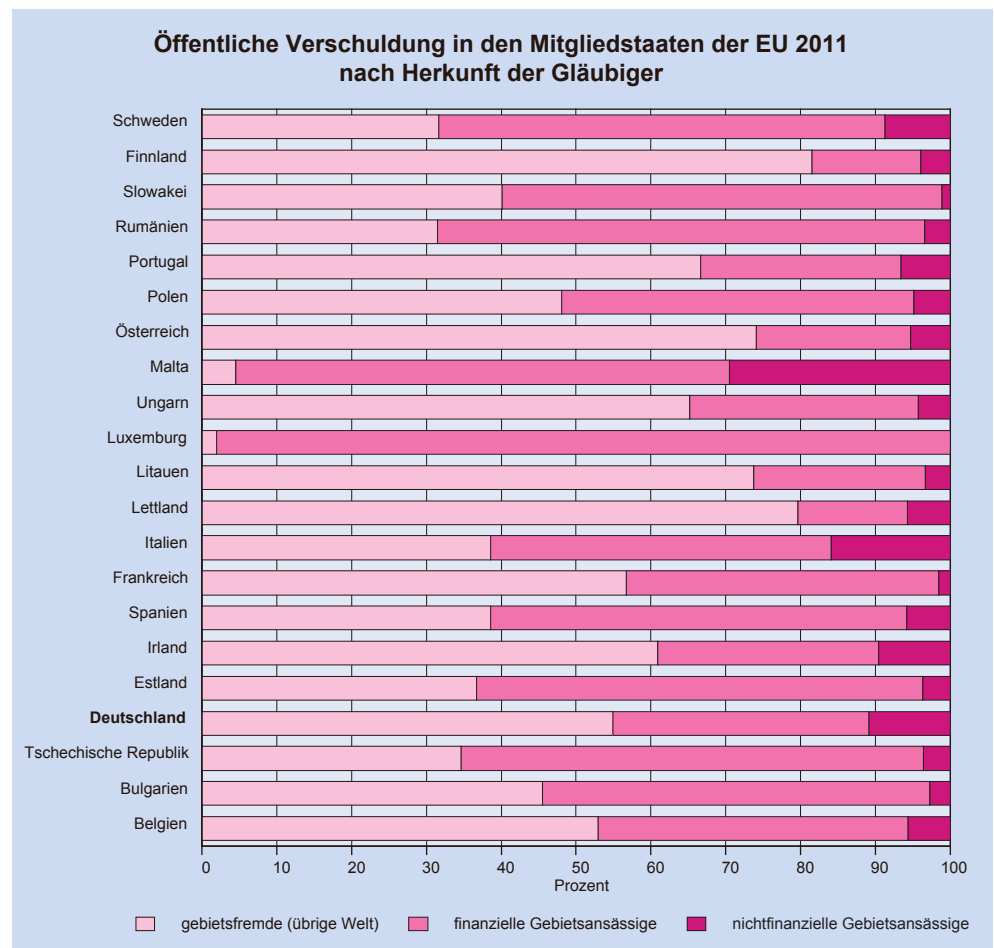
Von vergleichsweise geringer Bedeutung für die Finanzierung der öffentlichen Verschuldung waren im Jahr 2011 das Bargeld und die Einlagen. In lediglich 11 Mitgliedstaaten der Europäischen Union betrug der Anteil dieses Finanzierungsinstruments wenigstens 1,0 Prozent. Die höchsten Anteile finden sich im Vereinigten Königreich (10,5 Prozent), in Irland (9,0 Prozent) und in Italien (8,0 Prozent).

Öffentliche Verschuldung nach Herkunft der Gläubiger

Im Hinblick auf die Herkunft der Gläubiger eines Mitgliedstaates der Europäischen Union lassen sich

- Gebietsfremde (übrige Welt)
- nichtfinanzielle Gebietsansässige (Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften) und
- finanzielle Gebietsansässige (finanzielle Kapitalgesellschaften)

unterscheiden. Die Aufteilung der öffentlichen Verschuldung nach der Herkunft der Gläubiger wird durch das nachfolgende Schaubild wiedergegeben:



Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd ggd, zugegriffen am 11.02.2013). Fehlende Daten: Dänemark, Niederlande, Griechenland, Slowenien, Vereinigtes Königreich und Zypern.

Anteil gebietsfremder Gläubiger zumeist über 30 Prozent

Wie aus dem obigen Schaubild hervorgeht, lag der Anteil gebietsfremder Gläubiger in 19 von 21 berichtenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Jahr 2011 über der Dreißig-Prozent-Marke. In Belgien (53,0 Prozent), Deutschland (54,9 Prozent), Frankreich (56,7 Prozent), Irland (60,9 Prozent), Ungarn (65,2 Prozent), Portugal

(66,7 Prozent), Litauen (73,8 Prozent), Österreich (74,1 Prozent), Lettland 79,6 Prozent), und Finnland (81,5 Prozent) war es sogar mehr als die Hälfte der öffentlichen Verschuldung. Im Gegensatz dazu war der Anteil gebietsfremder Gläubiger in Luxemburg (2,0 Prozent) und auf Malta (4,5 Prozent) vernachlässigbar klein.

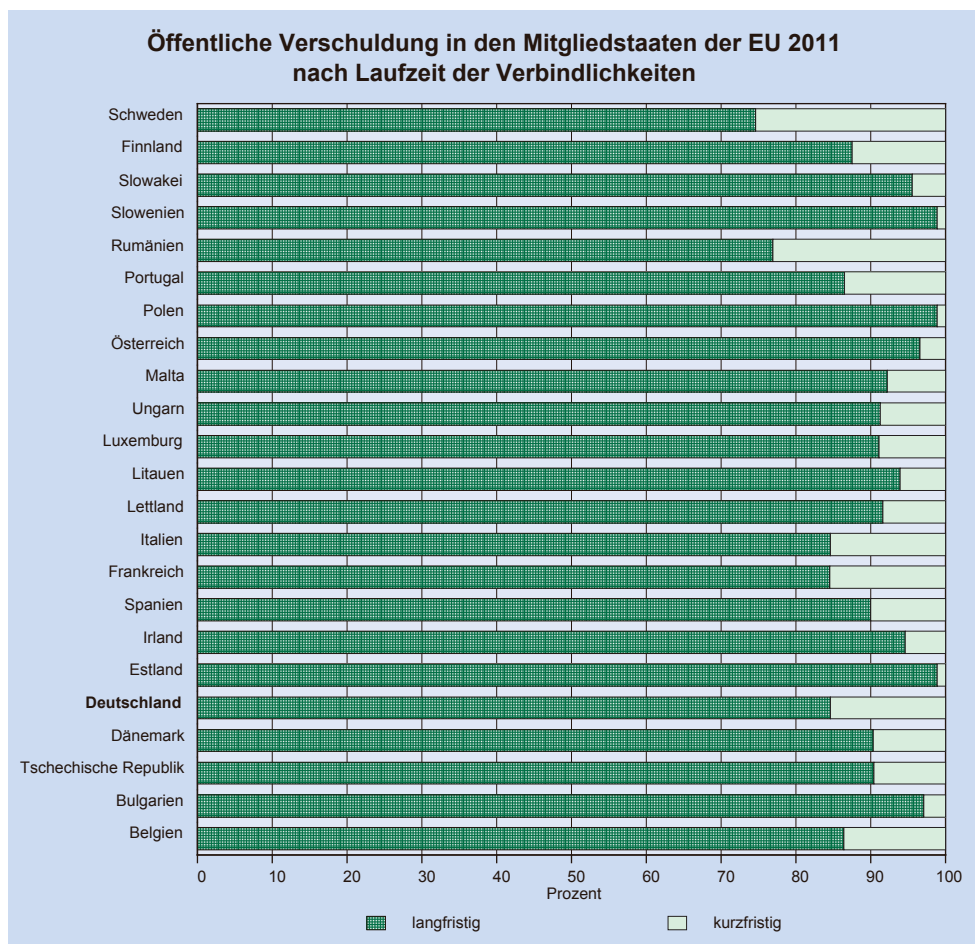
Kleiner Anteil gebietsfremder Gläubiger in Luxemburg und auf Malta

Die finanziellen Gebietsansässigen finanzierten über die Hälfte der öffentlichen Verschuldung in Bulgarien (51,7 Prozent), Spanien (55,6 Prozent), der Slowakei (58,8 Prozent), Schweden (59,6 Prozent), Estland (59,7 Prozent), der Tschechischen Republik (61,8 Prozent), Rumänien (65,2 Prozent), auf Malta (66,0 Prozent) und in Luxemburg (98,0 Prozent).

Der Anteil nichtfinanzieller gebietsansässiger Gläubiger war vergleichsweise hoch auf Malta (29,5 Prozent). Es folgen Deutschland (10,8 Prozent) und Italien (15,9 Prozent). In allen anderen berichtenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union lag der Anteil bei einem Zehntel.

Öffentliche Verschuldung nach der Laufzeit der Verbindlichkeiten

Im Hinblick auf die Laufzeit der Verbindlichkeiten wird zwischen kurzfristigen und langfristigen Schulden unterschieden. Erstere haben eine Laufzeit von weniger als einem Jahr, während die Letzteren eine Laufzeit von mehr als einem Jahr aufweisen. Der Anteil der kurzfristigen und der langfristigen Schulden an der gesamten Verschuldung wird durch das nachfolgende Schaubild veranschaulicht:



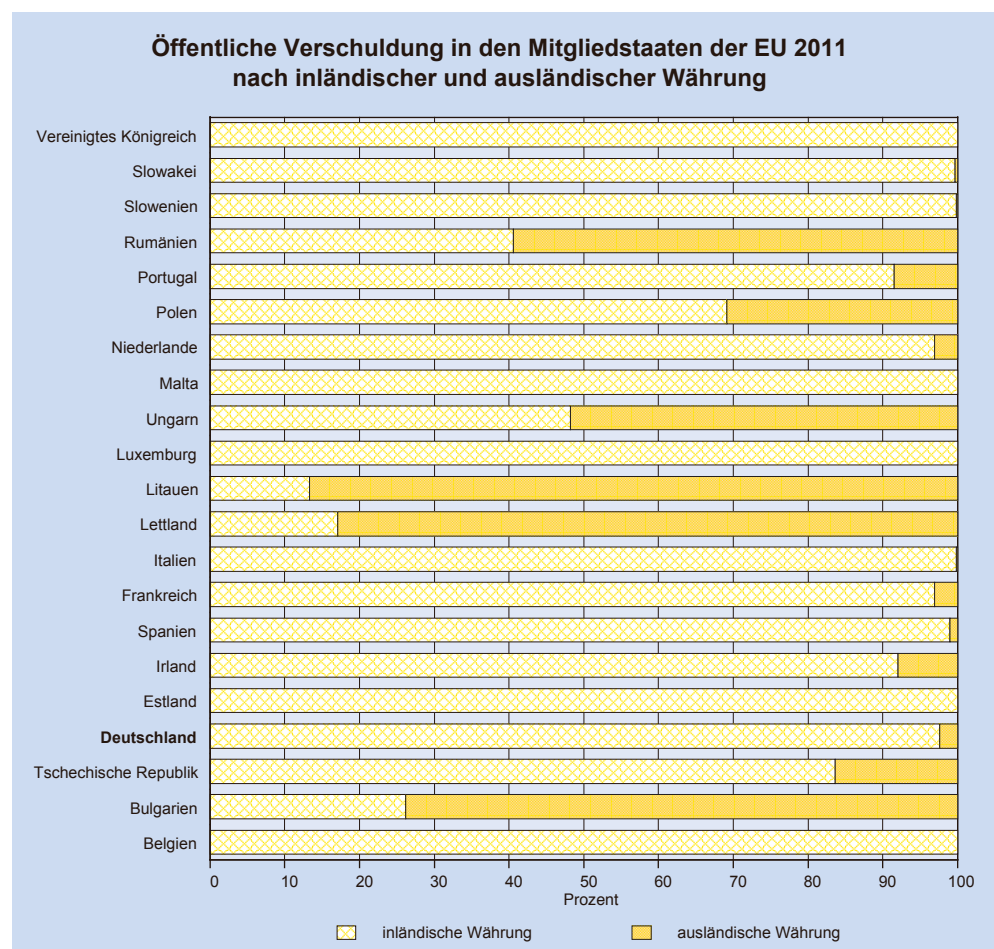
Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd ggd, zugegriffen am 11.02.2013). Fehlende Daten: Griechenland, Niederlande, Vereinigtes Königreich und Zypern.

Öffentliche Verschuldung weit überwiegend langfristig finanziert

In allen 23 berichtenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurde die öffentliche Verschuldung weit überwiegend langfristig finanziert. Der Anteil der langfristigen Schulden lag im Jahr 2011 zwischen 74,6 Prozent in Schweden und 98,9 Prozent in Estland, Polen und Slowenien.

Dementsprechend gering war der Anteil der kurzfristigen Schulden an der gesamten öffentlichen Verschuldung. Neben den bereits genannten Mitgliedstaaten Estland, Portugal und Slowenien (jeweils 1,1 Prozent) hatten noch Bulgarien (2,8 Prozent), Österreich (3,3 Prozent) und die Slowakei (4,4 Prozent) einen Anteil von unter 5 Prozent. Verhältnismäßig hoch war der Anteil der kurzfristig finanzierten Verbindlichkeiten in Schweden (25,4 Prozent) und in Rumänien (23,0 Prozent).

Öffentliche Verschuldung nach inländischer und ausländischer Währung



Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov dd dcdr, zugegriffen am 11.02.2013). Fehlende Daten: Dänemark, Finnland, Griechenland, Österreich, Schweden und Zypern.

Mitgliedstaaten der EU zumeist in inländischer Währung verschuldet

Im Jahr 2011 hatten sich von 21 berichtenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union 15 zu mehr als vier Fünftel in inländischer Währung verschuldet, darunter insbesondere die Mitgliedstaaten Belgien, Estland, Luxemburg, Malta und das Vereinigte Königreich, deren öffentliche Verschuldung zu 100 Prozent in inländischer Währung bestand.

Sehr hohe Anteile von über 90 Prozent wiesen darüber hinaus Portugal (91,5 Prozent), Irland (92,0 Prozent), die Niederlande und Frankreich (beide 96,9 Prozent), Deutschland (97,6 Prozent), Spanien (99,0 Prozent), die Slowakei (99,7 Prozent) sowie Italien und Slowenien (beide 99,8 Prozent) auf. Demgegenüber war der Anteil der Verschuldung in ausländischer Währung in den nicht zum Euroraum zählenden Mitgliedstaaten Litauen (86,7 Prozent), gefolgt von Lettland (82,9 Prozent) und Bulgarien (73,8 Prozent) sehr hoch.

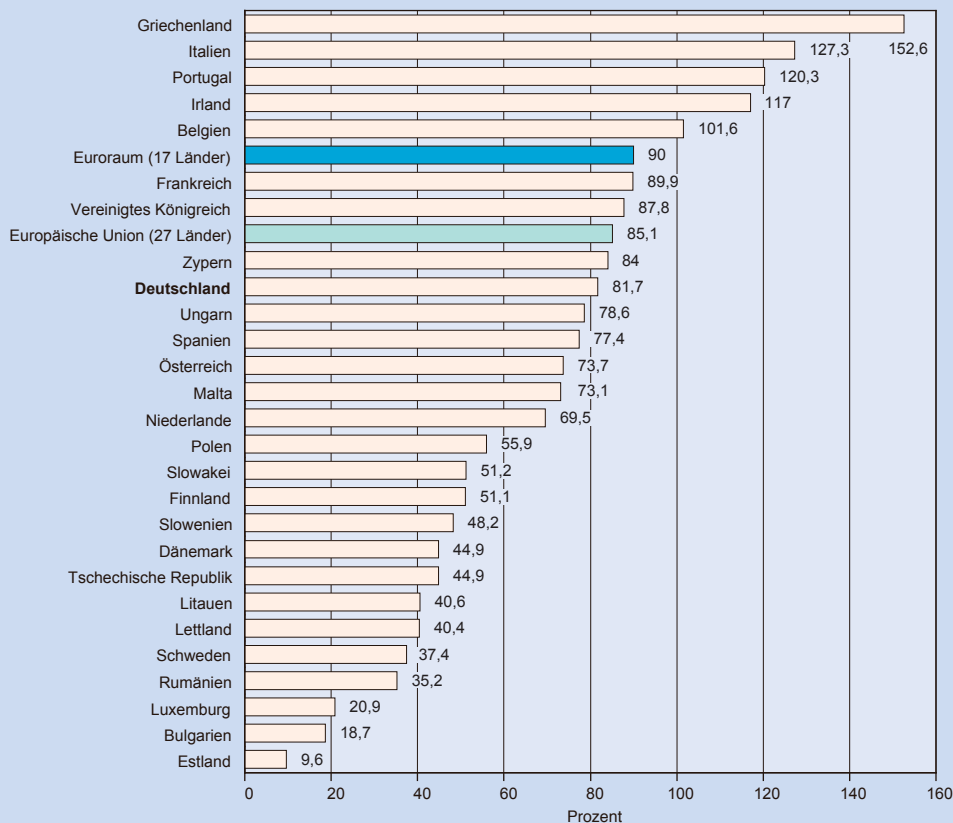
Jüngste Entwicklung der Staatsverschuldung in der Europäischen Union

Am Ende des dritten Quartals 2012 belief sich die Maastricht-Staatsschuldenquote im Euroraum auf 90,0 Prozent des BIP. Dies waren 0,1 Prozentpunkte mehr als am Ende des zweiten Quartals 2012 (89,9 Prozent des BIP). In der Europäischen Union (EU27) erhöhte sich die öffentliche Verschuldung ebenfalls um 0,1 Prozentpunkte, nämlich von 85,0 auf 85,1 Prozent des BIP. Auch gegenüber dem Jahr 2011 erhöhte sich die Maastricht-Schuldenquote sowohl im Euroraum (von 87,3 auf 90,0 Prozent des BIP) als auch in der EU27 (von 82,5 auf 85,1 Prozent des BIP).

Wertpapiere (ohne Anteilsrechte) und Finanzderivate hatten am Ende des dritten Quartals 2012 einen Anteil von 78,9 Prozent an der öffentlichen Verschuldung des Euroraums und von 80,4 Prozent an jener der EU27. Kredite schlugen mit einem Anteil von 18,3 Prozent im Euroraum und 15,8 Prozent in der EU27 zu Buche. Dagegen machten Bargeld und Einlagen lediglich 2,8 Prozent der öffentlichen Verschuldung des Euroraums und 3,8 Prozent jener der EU27 aus.

Weiterer Anstieg der
Maastricht-Staats-
schuldenquote

Öffentliche Verschuldung in den Mitgliedstaaten der EU
am Ende des 3. Quartals 2012 – in Prozent des BIP –



Quelle: Eurostat (Online Datencode: gov q ggdebt, zugegriffen am 11.02.2011)

Deutschland mit neunthöchster Staatsverschuldung in der EU

Am Ende des dritten Quartals 2012 verbuchten Griechenland (152,6 Prozent des BIP), Italien (127,3 Prozent des BIP), Portugal (120,3 Prozent des BIP) und Irland (117,0 Prozent des BIP) die höchsten Maastricht-Staatsschuldenquoten. Dagegen war die öffentliche Verschuldung zum gleichen Zeitpunkt in Estland (9,6 Prozent des BIP), Bulgarien (18,7 Prozent des BIP) und Luxemburg (20,9 Prozent des BIP) relativ am geringsten. Deutschland wies mit einer Maastricht-Staatsschuldenquote von 82,8 Prozent des BIP die neunthöchste Staatsverschuldung aller 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf.

Literaturverzeichnis

- Ahamdanech Zarco, Ismael (2008): Structure of Government Debt in Europe, in: eurostat, Statistics in focus, 110/2008
- Stanislav Eminescu, Iulia (2011): Structure of Government Debt in Europe in 2009, in: eurostat, Statistics in focus, 3/2011
- Stanislav Eminescu, Iulia (2011): Structure of Government Debt in Europe in 2010, in: eurostat, Statistics in focus, 68/2011
- Stanislav Eminescu, Iulia (2012): Structure of Government Debt in Europe in 2011, in: eurostat, Statistics in focus, 34/2012